AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 96 | FREITAG, DEN 7. DEZEMBER | 2012

Inhalt:

	Seite
Löschung eines Wegenamens	2353
Berichtigung der Widmung Werfelring	2353
Widmung der öffentlichen Wegefläche „Umgehung Finkenwerder“	2353
Teilentwidmung der Straße „Australiastraße“	2353
Entwidmung der Straße „Nehlsstraße“	2353

BEKANNTMACHUNGEN

Löschung eines Wegenamens

Im Bezirk Bergedorf, Stadtteil Bergedorf, Ortsteil 603, ist der am 4. Dezember 2003 benannte Weg „Beim Querdeich“ durch Bauverzicht nicht hergestellt worden. Der Wegename ist daher zu löschen.

Hamburg, den 29. November 2012

Die Kulturbehörde
– Staatsarchiv –

Amtl. Anz. S. 2353

Berichtigung der Widmung Werfelring

In der Verfügung „Widmung einer Wegefläche“ vom 28. Januar 1966 zum Werfelring (Amtl. Anz. vom 10. Februar 1966 Nr. 29) ist die folgende Textpassage hinzuzufügen: „Die Widmung der Wohnwege umfasst nur den Fußgängerverkehr.“

Hamburg, den 29. November 2012

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2353

Widmung der öffentlichen Wegefläche „Umgehung Finkenwerder“

Gemäß § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die in den Bezirken Hamburg-Mitte und Harburg, Ortsteile Altenwerder, Francop und Finkenwerder liegende, etwa 110 000 m² große Straßenfläche mit Wirkung zum 12. Dezember 2012 dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Benennung der Wegefläche erfolgt vorbehaltlich der abschließenden Regelung.

Hamburg, den 27. November 2012

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 2353

Teilentwidmung der Straße „Australiastraße“

Gemäß § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Kleiner Grasbrook, etwa 6300 m² große Teilfläche der Straße „Australiastraße“ als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich mit Wirkung zum 1. Januar 2013 entwidmet.

Hamburg, den 28. November 2012

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 2353

Entwidmung der Straße „Nehlsstraße“

Gemäß § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Steinwerder, Gemarkung Steinwerder-Waltershof, gelegene, insgesamt etwa 15 502 m² große Gesamtfläche der Straße „Nehlsstraße“ als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich mit Wirkung zum 15. Januar 2013 entwidmet.

Hamburg, den 20. November 2012

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 2353

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung
§ 3 VOL/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K5,
Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 26 - 27 92
Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
Angebote sind zu richten an:
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Eröffnungsstelle – Zentrale Vergabeaufsicht –
Zimmer E 231, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

b) Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 VOL/A
Vergabenummer: **ÖA-K5-389/12**

c) Gegenstand der Ausschreibung ist ein Rahmenvertrag für die Lieferung von Aufstellvorrichtungen und Befestigungsmaterialien für Schilder für Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg, sowie der HSE, HPA und HWW. Die Laufzeit des Vertrags beträgt 2 Jahre, vom 15. Februar 2013 bis 14. Februar 2015.
Ort der Leistung: Hamburg

d) Aufteilung in Lose: Nein

e) Ausführungsfrist:
Beginn: 15. Februar 2013, Ende: 14. Februar 2015.

f) Anforderung der Verdingungsunterlagen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 228,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54
vom 3. Dezember 2012 bis 14. Dezember 2012,
montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

g) Einsicht der Verdingungsunterlagen siehe Buchstabe f)

h) Kostenbeitrag für die Verdingungsunterlagen
Höhe des Kostenbeitrages 8,– Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung.
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA),
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe f) schicken.

i) Ende der Angebotsfrist: 19. Dezembner 2012 um 11.15 Uhr.

l) Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B

m) Geforderte Eignungsnachweise:
Von in- und ausländischen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von ausländischen Bietern wird gegebenenfalls eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Vorlage nach Aufforderung. Die Auskunft darf nicht älter als drei Monate sein. Auf gesonderte Nachfrage einzureichen: Handelsregisterauszug, Referenzliste über ähnliche Aufträge der letzten 5 Jahre, inkl. Ansprechpartner, gegebenenfalls Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung entsprechender in den letzten 5 Jahren erbrachter Leistungen, Umsatz der letzten 3 Jahre.

n) Die Bindefrist endet am: 14. Februar 2013

o) Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Angebots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 19 VOL/A).

Hamburg, den 30. November 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 1018

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 12 A 0501

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **12 A 0501**
Tischler- und Beschlagarbeiten
63341 K 1003 652807 Fortführung Brandschutz Hauptgebäude

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**

e) Ort der Ausführung:
Leuschnerstraße 91, 21031 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Ergänzende Brandschutzmaßnahmen im Hauptgebäude
Art und Umfang der Leistung:
Tischler- und Beschlagarbeiten
36 Stück 1-flg. Innentürelemente (Stahltüren bzw. Holztüren mit Stahlumfassungszarge) abbrechen, abfahren und entsorgen.
35 Stück 1-flg. Innentürelemente, tlws. mit Brandschutz-, Schallschutz- und RS-Anforderungen, bestehend aus Stahl-Umfassungszarge und Holz-Türblatt, liefern und montieren.
20 Stück Obentürschließer für Feuer-/Rauchschutztüren liefern und montieren.
ca. 10 m Holzhandläufe für bauseits erneuerte Treppengeländer liefern und montieren.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 4. Februar 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 12. April 2013

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 20. Dezember 2012

Versand der Verdingungsunterlagen: 7. Januar 2013

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe des Entgeltes: 12,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 12 A 0501

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

24. Januar 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 25. Februar 2013

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Kummrow
Telefon: 040 / 4 28 42 - 271

Hamburg, den 3. Dezember 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 1019

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
3B2 Ausschreibungen,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49 / 040 / 4 28 23 - 62 68
Telefax: +49 / 040 / 4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerb-

lichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber

Erweiterung der Stadtteilschule Bergstedt am Standort Volksdorfer Damm 218, Hamburg – Technische Ausrüstung gemäß § 53 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischenBeschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Seit dem 1. Januar 2010 ist das Sondervermögen Schulbau wirtschaftlicher Eigentümer aller für schulische Zwecke genutzter Grundstücke und Gebäude der staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hamburg mit einer Grundstücksfläche von rd. 9,1 Mio. m² und einer Hauptnutzfläche von rd. 2,2 Mio. m². Das Sondervermögen hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nachwirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und sie an die Behördefür Schule und Berufsbildung zu vermieten.

In dieser Tätigkeit wurde das Sondervermögen beauftragt, die Stadtteilschule Bergstedt in Hamburg zu erweitern. Für die Gesamtmaßnahme ist gemäß Auftragsbeschreibung ein Investitionsvolumen von ca. 8,4 Mio. Euro inkl. USt. geschätzt. Der Auftrag umfasst folgenden Zubau:

1. Zubau von allgemeinen Unterrichtsräumen, Fachräumen, Essbereich, Lehrer- und Verwaltungsbereich sowie Ganztagsbereich in Form eines Neubaus auf einem Nachbargrundstück.
2. Im Einzelnen:
   a. Zubau von 15 Klassenräumen (ca. 1.368 m² NF1-6, gem. DIN 277);
   b. Zubau von 2 NW-Räumen zzgl. Sammlung (ca. 216 m² NF 1-6, gem. DIN 277);
   c. Zubau von 2 Arbeitslehrefachräumen zzgl. Sammlung (ca. 192 m² NF 1-6, gem. DIN 277);
   d. Zubau von 1 Fachraum aus dem Bereich Musik/Kunst/Darstellendes Spiel (ca. 96 m² NF 1-6, gem. DIN 277)
   e. Zubau von Lehrer- und Verwaltungsflächen (ca. 144 m² NF 1-6, gem. DIN 277);
   f. Zubau eines Ganztagsbereichs mit multifunktionalem Essbereich (ca. 360 m² NF 1-6, gem. DIN 277), Koordinierungsbereich (ca. 24 m² NF 1-6, gem. DIN 277) und Küche (ca. 48m² NF 1-6, gem. DIN 277).

Die Realisierung ist als autarker Neubau auf einem Nachbargrundstück des vorhandenen Schulstandorts vorgesehen. Die Baumaßnahme muss bis 2016 abgeschlossen sein. Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus:

– Leistungsphasen 1 bis 2 gem. §53 HOAI, Technische Ausrüstung in Verbindung mit Anlage 14 HOAI, Anlagengruppen 1 bis 8 gem. §51 (2) HOAI
– Leistungsphasen 3 bis 9 gem. §53 HOAI, Technische Ausrüstung in Verbindung mit Anlage 14 HOAI,Anlagengruppen 1 bis 8 gem. §51 (2) HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 205.000,– Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 53 HOAI, Technische Ausrüstung als optionale Beauftragung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 48 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von 1.500.000 Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von 500.000 Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtlich mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 5 (3) VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommt. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- Spezifisches Anschreiben (formlos);
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;
- Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1 F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;
- Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3 B: Darstellung zweier vergleichbarer Referenzprojekte mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden und Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A 3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern

und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 5 (3)VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommen. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.

A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).

B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gemäß § 53 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2009, 2010; 2011). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 250.000,– Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind zudem die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 5 (3) VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommen. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.

A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Ingenieur/in für die Leistungen gem. §53 HOAI Bereich HLS und Ingenieur/in für die Leistungen gem. §53 HOAI Bereich ELT.

B) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte. Beide Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1. Januar 2007) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 400 gem. DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGFa gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherrn einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre. Hiervon sind im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI Bereich HLS mind. 2 Ingenieure/innen und gem. § 53 HOAI Bereich ELT mind. 2 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand von zwei eingereichten Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen 20 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behältsich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Qualität	25 %
3. Umwelteigenschaften	15 %
4. Kundendienst	10 %
5. Ausführungszeitraum	5 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOF 020/2012

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 2. Januar 2013, 14.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 8. Januar 2013, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 24. Januar 2013

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**:

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

http://www.hamburg.de/031-ausschreibungen/3286604/ausschreibungen.htm.

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 4. Kalenderwoche 2013; Einreichung der Honorarangebote in der 6. Kalenderwoche 2013; Verhandlungsgespräche in der 8. Kalenderwoche 2013.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49 / 040 / 4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie

nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

27. November 2012

Hamburg, den 27. November 2012

Die Finanzbehörde 1020

Öffentliche Ausschreibung
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Öffentliche Ausschreibung/VOL

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Altona, Prüf- und Servicestelle für Vergaben, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg, E-Mail: Vergabestelle@altona-hamburg.de, schreibt im Wege der Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOL/A die **Leistung für die Reinigung von Grünanlagen im Bezirk Hamburg Altona 2013** aus.

Ablauf der Angebotsfrist: 3. Januar 2013, 14.00 Uhr.

VergabeNr.: A/RA41/185/2012.

Weitere Informationen zu dieser Ausschreibung einschließlich Hinweisen zur Abforderung der Ausschreibungsunterlagen sind der Internetseite www.hamburg.de/politik-verwaltung/ausschreibungen zu entnehmen.

Hamburg, den 30. November 2012

Das Bezirksamt Altona
– Dezernat Steuerung und Service – 1021

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

1. Geschäftsverlauf

1.1. Allgemeine Angaben und Vorgänge mit besonderer Bedeutung

Das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) wurde im Jahr 2001 als Körperschaft des Öffentlichen Rechts aus der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) ausgegliedert und befindet sich seither zu hundert Prozent in dessen Trägerschaft. In der Krankenversorgung erfüllt das UKE die „Maximalversorger-“ und „Last Resort“-Funktion und ist als Gliedkörperschaft der Universität Hamburg verantwortlich für Forschung und Lehre in den Fachrichtungen Human- und Zahnmedizin.

Durch Ausgründungen von Tertiärdienstleistungen sowie durch Übernahme und Gründung von Tochtergesellschaften hat das UKE nach der Ausgliederung schrittweise eine Konzernstruktur aufgebaut, die am Jahresende insgesamt eine Zwischenholding, 16 teils direkte teils indirekte Tochtergesellschaften und zwei Enkelgesellschaften sowie weitere nicht konsolidierte Beteiligungen umfasste.

2011 war in allen Bereichen für das UKE trotz einem weiterhin schwierigen Marktumfeld ein sehr erfolgreiches Jahr, das abermals zu einem positiven Jahresergebnis geführt hat.

Das herausragende Ereignis in der Krankenversorgung war sicherlich die EHEC-Krise durch die unsere Leistungen und Organisation unerwartet auf eine äußerste Belastungsprobe gestellt wurden, die noch dadurch verstärkt wurde, dass unser Klinikum und unsere Mitarbeiter plötzlich in der internationalen medialen Öffentlichkeit standen. Über mehrere Wochen herrschte der Ausnahmezustand, in dem die Mitarbeiter aller Berufsgruppen unermüdlich um die Genesung zahlreicher EHEC-Patienten kämpften. Das UKE hat in diesem ausgeprägten Ernstfall eindrucksvoll bewiesen, einer solchen Katastrophensituation nicht nur gewachsen zu sein, sondern sie zu jeder Zeit vollkommen zu beherrschen. Mit dieser Erkenntnis sind wir gestärkt aus dieser belastenden Situation hervorgegangen und sind zuversichtlich auch künftige Herausforderungen in gleicher Professionalität im Hinblick auf die organisatorische und medizinische Versorgung zu meistern.

Seit dem Einzug in das neue Klinikum im Februar 2009 blicken wir heute auf bereits drei Jahre praktische Erfahrung mit der elektronischen Patientenakte, deren Einsatz wir seit Einführung stets weiter den klinischen Anforderungen angepasst haben. Inzwischen hat unsere elektronische Patientenakte einen derart fortgeschrittenen und sicheren Einsatz erlangt, dass das UKE 2011 für diesen Status die höchste Stufe 7 des EMRAM Awards von HIMSS (Healthcare Information and Management Systems Society) Analytics Europe erreicht hat und damit als einziges Krankenhaus in Europa mit diesem renommierten Preis ausgezeichnet wurde. Damit hat ein unabhängiges internationales Auditorenteam aus Experten für die Krankenhaus-IT dem UKE bescheinigt, dass nicht nur die IT-Systeme des UKE die Voraussetzungen geschaffen haben, komplett digital zu arbeiten, sondern dass dies auch so umgesetzt wird.

Besonders erfreulich ist der spürbare Aufschwung in der Forschung. Dies zeigt sich am starken Anstieg der eingeworbenen Drittmittel und an der Einwerbung zahlreicher prestigeträchtiger Verbundforschungsprogramme, hierunter ein neurowissenschaftlicher Sonderforschungsbereich sowie allein in 2011 drei „ERC-Grants“ aus der EU-Förderung. Die Tatsache, dass die Forschung am UKE zunehmend international wahrgenommen wird, sehen wir gleichzeitig als Ansporn und Verpflichtung, den Masterplan Forschung mit voller Kraft weiter voran zu treiben.

Auch die Vision des UKE bezüglich der Geländeentwicklung im Hinblick auf die Entstehung eines Gesundheitsparks mit vielen unterschiedlichen Anbietern von gesundheitsnahen Dienstleistungen hat im Verlauf 2011 weiter Gestalt angenommen.

Im September 2011 erfolgte planmäßig die Eröffnung des durch die Betreibergruppe Dorint geführte Hotel eines Investors auf dem UKE Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft zur Facharztklinik. Dieses Hotels im Vier-Sterne Segment mit 195 Zimmern bietet sowohl den Angehörigen unserer Patienten eine kliniknahe Übernachtungsmöglichkeit als auch dem UKE umfangreiche Tagungsfazilitäten.

Weiterhin wurde im Jahresverlauf die Entstehung eines Gesundheitszentrums im ehemaligen Funktionstrakt der Frauenklinik direkt gegenüber dem UKE Neubau vorangetrieben. Nach einem Veräußerungsverfahren konnte abschließend im Januar 2012 einem Investor der Zuschlag erteilt werden, der nun das Konzept für das Gesundheitszentrum entwickelt und dieses unter Berücksichtigung der UKE Interessen langfristig betreibt. Die derzeitigen Planungen sehen eine Fertigstellung und Inbetriebnahme des Gesundheitszentrums Ende 2013 vor.

In Folge des Ausscheidens des Ärztlichen Direktors, Herrn Prof. Jörg F. Debatin, zum 30. September 2011, hat sein langjähriger Stellvertreter, Herr Prof. Guido Sauter, kommissarisch die Aufgaben des Ärztlichen Direktors übernommen. Das Kuratorium hat die Suche eines Nachfolgers eingeleitet. Die nachhaltige Weiterentwicklung des UKE wird ungebrochen fortgeführt.

1.2. Krankenversorgung – Leistungsentwicklung und Budget

Die Leistungsentwicklung im Jahr 2011 ist vor dem Hintergrund eines negativen Einflusses durch die EHEC-Krise zu betrachten.

Die Anzahl der vollstationären Patienten im DRG-Bereich konnte zwar um 3,6 % auf 52.487 (+ 1.900) ausgeweitet werden, die Effektivgewichte sanken allerdings unter den Wert des Vorjahres auf 74.406 (2010: 74.465). Ein wesentlicher Faktor liegt darin begründet, dass zahlreiche Intensivbetten mit nicht beatmungspflichtigen EHEC-Patienten über lange Zeiträume belegt waren. Bei einer fast konstanten Auslastung von 86,0 % wurde die durchschnittliche Ist-Bettenanzahl auf jetzt 1.306 Betten (2010: 1.299) erhöht. Der Case Mix Index (CMI), der als Indikator für die Komplexität der medizinischen Leistung steht, verliert leicht auf 1,42 in 2011 nach 1,47 in 2010, befindet sich aber immer noch auf hohem Niveau.

Im Jahr 2011 kamen insgesamt drei Budgetjahre zur Genehmigung. Die für das Budgetjahr 2009 ergangene Schiedsstellenentscheidung wurde durch die zuständige Behörde zum 01.03.2011 genehmigt.

Allerdings haben die Krankenkassen gegen diese Genehmigung Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben, dessen Entscheidung bisher aussteht. Wesentlicher Klagegegenstand ist die Ausgleichsfähigkeit von Entgelten für Neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (NUB).

Dessen ungeachtet konnten mit den Krankenkassen sowohl das Budgetjahr 2010 ausverhandelt und zum 01.06.2011 umgesetzt werden als auch das Budgetjahr 2011 in wesentlichen Teilen geeinigt und zum 01.09.2011 umgesetzt werden. Die inzwischen vorliegende vorläufige Gesamtvereinbarung 2011, liegt derzeitig der Genehmigungsbehörde zusammen mit einem gemeinsamen Genehmigungsantrag von Krankenkassen und UKE vor.

Von einer kurzfristigen Genehmigung ist auszugehen. Der dann noch offene Punkt hin zu einer endgültigen Gesamtvereinbarung 2011 – Ausgleiche für die Vorjahre wegen der oben genannten unterschiedlichen Auffassung zu der Ausgleichsfähigkeit für NUB-Entgelte – wird im Anschluss an die Genehmigung durch ein erneutes Schiedsstellenverfahren hergestellt werden müssen. Krankenkassen und UKE haben sich rechnerisch bereits abgestimmt bzw. auf einheitliche Werte verständigt. Für das – im Falle des Obsiegens der Krankenkassen vor dem Verwaltungsgericht – damit verbundene Risiko einer Rückzahlungsverpflichtung hat das UKE in Form der Bildung einer Rückstellung in Höhe von 1,6 Mio. € Vorsorge getroffen.

Die Beschlüsse aus dem GKV-Finanzierungsgesetz vom 26.11.2010 wirken in ihrer negativen Form für die Krankenhäuser auch noch in 2012, obgleich inzwischen die Milliardenüberschüsse in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) offen zu Tage getreten sind. Letztlich war immerhin das angebliche Defizit in der GKV der Auslöser für die damals beschlossene „Sparrunde“ auf der Leistungserbringerseite und hier insbesondere im Krankenhausbereich. Auch für 2012 wird nur die Veränderungsrate – die für den Krankenhausbereich nochmals gekürzt wird – statt dem seit langem zugesicherten Orientierungswert für Krankenhäuser zugestanden.

Der Landesbasisfallwert 2012 wird sich mit 3.033 € absolut gesehen deutlich gegenüber dem Wert aus 2011 (2.975 €) verbessern. Allerdings ist dies der Eingliederung der bisher krankenhausindividuellen gezahlten Zuschläge aus dem Pflegeförderprogramm geschuldet. Bereinigt um die bisherigen Zuschläge aus dem Pflegeförderprogramm, ergibt sich ein für das UKE individualisierter Landesbasisfallwert von knapp 2.990 € und damit lediglich eine Steigerung von 0,5 %. Diese Steigerungsrate soll nach Vorstellungen des Gesetzgebers alle in 2012 zu erwartenden Personal- und Sachkostensteigerungen auffangen.

Vor diesem Hintergrund der überwiegend nachteiligen politischen und wirtschaftlichen Marktbedingungen, hat sich die seit Jahren konsequent verfolgte Mehrsäulen-Strategie des UKE, die darauf abstellt, sich nur auf die herausragenden Kompetenzen des UKE in der Forschung und bei der Behandlung auf komplexe Erkrankungen zu fokussieren, grundsätzlich bewährt.

1.3. Forschung und Lehre

1.3.1. Forschung

Auf Grundlage des Masterplans Forschung standen auch im Jahr 2011 die Forschungsrahmenbedingungen, der wissenschaftliche Nachwuchs sowie die wissenschaftliche Profilbildung und Vernetzung im Fokus. Die zunehmenden Forschungserfolge zeigen sich in der Genehmigung von Verbundprojekten, Publikationen und Drittmitteleinwerbungen.

Da sich die **Forschungsrahmenbedingungen** durch die in 2010 etablierten fünf **Core Facilities**, in denen hochtechnologische Forschungsgeräte und wissenschaftliche Techniken als Serviceleistung zur Verfügung gestellt werden, maßgeblich verbessert haben, wurden diese weiter ausgebaut.

Für den **Campus Forschung** wurde von der Medizinischen Fakultät eine Möglichkeit des Austausches in

verschiedenen Diskussionsforen im Intranet geschaffen, über welche sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Campus Forschung aktiv mit den anderen Nutzern austauschen können.

Wissenschaftlicher Nachwuchs

Die vorbereitende Vorlesung „Erfolgreich Promovieren“ wurde von den Studierenden als „sehr gut“ evaluiert. Die neue Promotionsordnung ermöglicht Promovierenden der Medizin eine **Publikationspromotion**. Über das **Promotions- und Habilitationsbüro** wurden 2011 insgesamt 290 abgeschlossene Promotionen administrativ abgewickelt, davon 262 in der Humanmedizin (162/100 w/m) und 28 in der Zahnmedizin (17/11 w/m). Elf Promotionen wurden mit „summa cum laude“ bewertet (3/8 w/m). Es wurden darüber hinaus 30 Habilitationen abgeschlossen (8/22 w/m). Im Juni 2011 startete das erste strukturierte **PhD-Programm für Mediziner** an der Fakultät. Es bietet forschungsbegeisterten Studierenden der Human- und Zahnmedizin sowie angehenden Ärztinnen und Ärzten über den erfolgreichen Studienabschluss hinaus eine vertiefende wissenschaftliche Ausbildung.

Profilbildung und Vernetzung

An der Medizinischen Fakultät wurden in 2011, unter strategischer Berücksichtigung der wissenschaftlichen Profilbildung, 12 **Berufungsverfahren** (8 W3, 4 W2) erfolgreich abgeschlossen, darunter drei Stiftungsprofessuren. Bei einem Gesamtbestand von 119 Professuren stieg der Frauenanteil von 14,9 % auf 15,1 %. Im Jahre 2011 wurde der inzwischen fünfte **Forschungstag** in Form eines „dies academicus“ durchgeführt; erneut konnten sich wissenschaftliche Projekte in Form von Vorträgen und Postern präsentieren und damit zur fakultätsinternen Vernetzung beitragen. Außerdem konnte im Jahr 2011 erfolgreich die 4. **Nacht des Wissens** am UKE durchgeführt werden. Mehr als 3.000 Besucher konnten durch ca. 50 verschiedene Programmpunkte einen Blick hinter die Kulissen des UKE werfen. Über das **Förderprogramm „Anschubfinanzierung“** wurden von der Medizinischen Fakultät fünf Anträge im Jahr 2011 zur Förderung bewilligt. Ziel des Programms ist die Unterstützung von Antragsvorbereitungen für besonders hervorgehobene Forschungsprojekte.

Forschungsoutput

Als besondere Beispiele wissenschaftlicher Leistung sind die in 2011 an das UKE gegangenen drei ERC-Grants und maßgebliche Beteiligung bei einem weiteren ERC-Grant zu nennen. Ebenfalls besonders hervorzuheben ist der GottfriedWilhelm-Leibniz-Preis für einen UKE-Forscher, sowie die Anbindung einer Hertie-Senior-Stiftungsprofessur und zweier Heisenberg-Professuren (eine neu, eine verlängert).

Weiterhin wurden in 2011 mehrere große Verbundprojekte mit Federführung am UKE neu oder als Verlängerung bewilligt, gefördert durch die DFG (SFB „Multisite-communication in the brain“, FOR1543 „Shear flow regulation of homeostasis: bridging the gap between nanomechanics and clinical presentation“), das BMBF (Deutsches Zentrum für Herzkreislaufforschung „DZHK“) und die EU. Zwei Anträge waren im Programm „Anschubfinanzierung“ bei der neu gegründeten Forschungs- und Wissenschaftsstiftung Hamburg erfolgreich (wsKFO „Feto-maternal immune crosstalk: short- and long term consequences for mother and child“, wsKFO „Tumor targeting via cell surface molecules essential in cancer progression and dissemination“).

Die Drittmitteleinnahmen (inklusive Investitionen) konnten von 58,1 Mio. € (2010) auf 62,9 Mio. € (2011) und damit um 8,3 % gesteigert werden. Wie auch im Jahr 2010 stammen die Mittel zu einem großen Teil von den drei renommierten Fördermittelgebern DFG (11,8 Mio. €), BMBF (9,9 Mio. €) und EU (9,4 Mio. €). Seit dem Jahr 2010 werden im „Scoring“ für die leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) an der Medizinischen Fakultät die verausgabten Drittmittel bewertet.

Eine zentrale Rolle im Bereich Forschung spielte im Jahr 2011 zudem die Analyse und Umsetzungsplanung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates in interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppen: (1) Forschungsschwerpunkte am UKE und Weiterentwicklung der Fördermechanismen, (2) Weiterentwicklung des Finanzierungsmodells, (3) Vernetzung mit der Universität und (4) Weiterentwicklung der Transparenzrechnung und des FuL-Modells.

1.3.2. Lehre und Studium

Ausbildungskapazität

Im Jahr 2011 haben 439 Studierende der Medizin und 102 Studierende der Zahnmedizin ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Die hohen Absolventenzahlen der beiden Studiengänge sind die Folge großer Anfängerkohorten in den Jahren 2004 und 2005.

Zum WS 2010/11 waren 398 Studierende im Studiengang Medizin und 75 Studierende im Studiengang Zahnmedizin im ersten Fachsemester eingeschrieben, von denen 17 Studierende im Rahmen von außergerichtlichen Vergleichen immatrikuliert wurden. Zum WS 2011/12 wurden 381 Studierende der Medizin und 70 Studierende der Zahnmedizin zugelassen.

Die Studierendenanfängerzahl in der Zahnmedizin hat sich im Vergleich zum WS 10/11 reduziert. Dies ist die Folge des geplanten Konsolidierungsprozesses, der darauf abzielt, die Erstsemesterzahl an das Budget für Forschung und Lehre der Zahnmedizin anzupassen und auf diese Weise ein gutes Ausbildungsniveau sicher zu stellen.

Verbesserung des Studiums und der Studienbedingungen

Im **Studienabschnitt Medizin 1** konnte die Vier-Semester-Erfolgsquote in 2011 auf unverändert hohem Niveau von ca. 68 % gehalten werden. Diese Quote beschreibt den Anteil der Studierenden, die innerhalb von vier Semestern, also in Regelstudienzeit, den Ersten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung („Physikum“) erfolgreich absolviert haben.

Durch die bereits im Jahr 2009 und 2010 neu geschlossenen **ERASMUS** Verträge und durch die Erhöhung der vertraglich vereinbarten Zahl der auszutauschenden Studierenden in einzelnen Kooperationsverträgen wurden die Auslandsaustausche der Studierenden nachfragebedingt in 2011 ausgebaut.

Insgesamt nahmen 2011 ca. 500 Studierende am differenzierten **Mentoringprogramm** teil und wurden von 91 Mentoren betreut. Neben der Begleitung durch einen persönlichen Ansprechpartner, Einbindung in Netzwerke und Unterstützung bei der Karriereplanung werden Studierende mit hervorragenden Studienleistungen frühzeitig an die Spitzenforschung herangeführt. Studierende mit Studienschwierigkeiten werden im Rahmen des MentoringprogrammPLUS durch eine eins zu eins Betreuung intensiv unterstützt. Das Mentoringprogramm teilt sich auf in einen Serviceteil und in ein kontinuierlich begleitendes wissenschaftliches

Evaluationsprojekt und wird durch die Claussen-Simon-Stiftung finanziell gefördert.

Qualitätssicherung in der Lehre

Nach der erfolgreichen Umstellung der studentischen Lehrevaluation im gesamten Studiengang Zahnmedizin auf ein online basiertes Verfahren über das Studierendenverwaltungssystem FACT, konnte auch die bislang papierbasiert durchgeführte Evaluation des Praktischen Jahres im Studiengang Medizin erstmals online über die E-Learning-Plattform Mephisto/Moodle durchgeführt werden. Bis auf wenige Ausnahmen erfolgt somit die studentische Lehrevaluation vollständig elektronisch.

Seit April 2011 dient das online basierte „Verbesserungs- und Beschwerdemanagement der Lehre" (VuBL) den Studierenden und Lehrenden der Medizinischen Fakultät als eigenständiges Vorschlags- und Beschwerdewesen, um gemeinsam die Qualität der Lehre weiter zu entwickeln. Ergänzend zur studentischen Lehrevaluation ermöglicht VuBL ein zeitnahes Feedback, so dass auch kurzfristig Verbesserungen der Lehre erreicht werden können.

In 2011 wurde die leistungsorientierte Mittelvergabe in der Lehre (LOM-Lehre) der Medizin erfolgreich fortgeführt. Darüber hinaus wurde der Lehrpreis „Teacher of the Year" (TOY) 2011 zum siebten Mal verliehen.

Bei der fakultätsinternen Auswahl von Studienbewerbern wurden 2011 neben dem schriftlichen Naturwissenschaftstest HAM-Nat in der Medizin Multiple Mini-Interviews (HAM-Int) zur Einschätzung psychosozialer Fähigkeiten eingesetzt. In der Zahnmedizin wurden 2011 den HAM-Nat und ein Testverfahren zu Beurteilung manueller Fertigkeiten (HAM-Man) für die Auswahl verwendet. Im Gegensatz zu fast allen anderen deutschen Fakultäten haben geeignete Studierende durch diese Verfahren auch mit Abiturnoten bis 1,9 (Medizin) bzw. 2,2 (Zahnmedizin) einen Studienplatz erhalten. Erste Ergebnisse deuten auf einen hohen Studienerfolg der durch die Tests ausgewählten Studierenden hin.

Studiengebühren

In 2010/2011 und im laufenden Studiengebührenjahr 2011/2012 wurden die Studiengebühren im Wesentlichen zur direkten Verbesserung des Unterrichts durch Schaffung günstigerer Betreuungsrelationen in den Lehrveranstaltungen eingesetzt und haben zu einer deutlichen Verbesserung der Serviceangebote für die Studierenden geführt.

1.4. Personal- und Sozialbereich

Zum Bilanzstichtag 2011 waren ohne Drittmittelbeschäftigte 4.649 Vollkräfte (VK) im UKE KdÖR angestellt und damit 113 VK mehr im Vergleich zum Vorjahresstichtag. Dieser Personalaufbau war in diesem Umfang zwar nicht geplant steht jedoch vorrangig im Zusammenhang mit einigen Stationserweiterungen (wie z.B. der KMT Station) und der Fallzahlsteigerung sowie einigen Wechseln aus Tochtergesellschaften.
Im Rahmen von Drittmittelverträgen waren am 31.12.2011 im Zuge der verstärkt eingeworbenen Drittmittel 571 Vollkräfte beschäftigt (Vorjahr: 511 VK).

Das Jahr 2011 stand schwerpunktmäßig im Zeichen der weiteren Optimierung klinischer Abläufe sowie ergänzender IT-Unterstützung für die Patientenversorgung. Im Rahmen eines integrierten betrieblichen Gesundheitsmanagements wurden zum Jahreswechsel 2010/2011 weitere Handlungsfelder im Sinne einer „Lifedomains Balance" in verschiedenen Arbeitsgruppen qualifiziert und entwickelt.
In der interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe „Balance Beruf Familie Freizeit" werden systematisch Verbesserungsbedarfe zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Freizeit verfolgt. Ein Teil der Bedarfe resultiert aus der in 2011 erfolgten Zertifizierung als „Familienfreundliches Unternehmen" durch den Gemanischen Lloyd.
Die Arbeitsgruppe „Führungsverständnis" unter Leitung des Kaufmännischen Direktors verfolgt die Implementierung des Anfang 2011 mit allen Führungskräften gemeinsam erarbeiteten Führungsverständnisses. Die Führungskräfte des UKE erhalten in aufbauenden Workshops Erläuterungen und Instrumente zur Umsetzung des gemeinsamen Verständnisses. So sollen verstärkt im Sinne moderner Personalführung die Bedarfe der Beschäftigten gezielter erfragt, bestehende Potentiale aufgedeckt und in enger Interaktion mit den Beschäftigten die Zusammenarbeit im UKE noch interdisziplinärer und leistungsorientiert gestaltet werden.

Diese Maßnahmen werden im sich verschärfter darstellenden Wettbewerb hinwirkend auf die Attraktivität des Arbeitgebers (Wettbewerb um Talente) sowie auf erforderliche Produktivitätssteigerungen als zielführend erachtet.

Die Kosten für den Einsatz von externen Zeitarbeitskräften allein im klinischen Bereich haben sich im Jahr 2011 auf 1,6 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) verdoppelt. Ursächlich hierfür waren insbesondere Noroviruswellen, in deren Folge die Personalausfälle zu kompensieren waren, als auch die Sondersituation durch die EHEC-Erkrankungen, die sehr pflegeintensiv waren und insoweit kurzfristig und additiv zu den erfolgten Einstellungen vorübergehend zu einem massiven Zuwachs an externem Pflegepersonal geführt haben.

Die Tarifverträge mit den Gewerkschaften Marburger Bund und der ver.di wurden im Jahre 2010 mit einer Laufzeit über das Jahr 2011 hinaus abgeschlossen. So stehen erst im Jahre 2012 wieder Tarifverhandlungen mit diesen an. Hinsichtlich der Entwicklung der Beamtenbesoldung wurden die durch das „Gesetz zur Besoldungs- und Versorgungspassung 2011/2012" sowie das „Sonderzahlungsgesetz" zum 01.04.2011 eintretenden Veränderungen (1,5 %ige Erhöhung, Sonderzahlung) umgesetzt.

1.5. Projekt Masterplan und weitere Baumaßnahmen

Die zum **Masterplan** gehörigen Baumaßnahmen sind bis auf einige bauliche Anpassungsmaßnahmen und wenige strittige Mängelpunkte im Neuen Klinikum abgeschlossen und abgerechnet. Vereinbarungsgemäß wurde der Behörde für Wissenschaft und Forschung zum 31.12.2011 der Mittelverwendungsnachweis für das Gesamtprojekt Masterplan übersandt. Sowohl der Budgetrahmen von insgesamt 347,4 Mio. Euro einschließlich Ausstattung als auch der Zeitplan wurden bei diesem umfangreichen Projekt eingehalten.

Nach 22 Monaten Bauzeit wurde am 24.10.2011 die Einweihung des Neubaus der **Psychiatrie** (1. Bauabschnitt) gefeiert. In dem fünfgeschossigen Gebäude entstanden auf einer Nutzfläche von ca. 4.650 m² drei Stationen mit jeweils angeschlossener Tagesklinik und insgesamt 42 Patientenzimmern sowie ein Ambulanzbereich und Räume für die Administration. Der Krankenhausbetrieb wurde am 01.11.2011 aufgenommen. Der Mittelverwendungsnachweis für diese Maßnahme,

deren Finanzierung anteilig aus dem Konjunkturpaket II erfolgte, wurde pünktlich zum 30.11.2011 abgegeben.
Die Finanzierung des zweiten Bauabschnittes steht noch aus.

Die Baumaßnahme **„Universitäres Cancer Center Hamburg – UCCH“** teilte sich in zwei Bauabschnitte. Der 1. Bauabschnitt wurde 2010 fertig gestellt und wurde im Gesamtvolumen in Höhe von 9,0 Mio. € vollständig kreditfinanziert. Der 2. Bauabschnitt umfasst ein über Kredit finanziertes Investitionsvolumen in Höhe von 5,9 Mio. €. Hieran hat sich der Deutsche Krebshilfe e.V. in Form einer Spende in Höhe von 1,5 Mio. € für die Herrichtung der KMT beteiligt. Im Rahmen des 2. BA wurden die Geschosse 4, 5, 6 des Gebäudes O24 im Westflügel umfangreich saniert, modernisiert und umgebaut. Im 6. OG ist eine Privatstation mit 12 Einbettzimmern, davon 2 Isolierzimmer, entstanden. Im 5. OG ist eine Leukämiestation mit 21 Betten, verteilt in 9 Zweibettzimmern, 2 Isolierzimmern und 1 Patientenzimmer der Phase I-Unit, entstanden und im 4. OG ist eine Normalpflegestation mit 22 Betten, wovon 10 Zweibettzimmer und 2 Isolierzimmer sind, ausgebaut worden. Aus technischen Gründen verzögerte sich der für Oktober 2011 geplante Einzug auf März 2012. Nunmehr werden sämtliche onkologische Pflegestationen und Ambulanzen und die KMT des UKE konzentriert unter einem Dach angesiedelt sein.

Nach mehrfachen internen Prozessumplanungen und Kostenoptimierungen wurde ebenfalls in 2011 das Herzstück des gesamten **Projekts Radiologie** als letzte Teilbaumaßnahme realisiert. Hierin befinden sich nunmehr das konventionelle Röntgen und der CT- Bereich mit entsprechenden Räumlichkeiten für den Wartebereich, die Befundungen und Wegeerschließungen.

Mit der räumlichen Zentralisierung aller Fachbereiche der Zahnmedizin durch den Umzug der Kieferorthopädie aus einem separatem Pavillon in das Gebäude **O58** und einhergehenden Umzügen der übrigen zahnmedizinischen Einheiten innerhalb des Gebäudes gelang in 2011 eine schon seit langem notwendige Umgestaltung im Hinblick auf die Prozessoptimierung in der zahnmedizinischen Versorgung und studentischen Ausbildung.

Das größte geplante Bauprojekt des UKE ist weiterhin der Neubau der **Kinderklinik**, der in seiner Art einzigartig und eine Symbiose von Hochleistungsmedizin und kindgerechtem Umfeld sein soll. Die Kosten für den Neubau von insgesamt 40 Mio. € sollen durch eine Co-Finanzierung zwischen öffentlicher und privater Hand zu gleichen Teilen getragen werden. Der 50 %ige Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg wurde in 2011 inzwischen in der Gesamthöhe von 20 Mio. € bereitgestellt. Das UKE hat einen europaweiten Architektenwettbewerb ausgeschrieben, welcher am 10. Februar 2011 entschieden wurde. Mittlerweile laufen die Planungen für das Raum- und Nutzungskonzept auf Hochtouren. Ende 2014 soll die Fertigstellung erfolgen.

2. Lage der Körperschaft

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Die **Vermögens- und Finanzlage** des UKE ist geordnet und hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß entwickelt. Die Bilanzsumme hat sich mit knapp 1,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr von gut 1,1 Mrd. € nur geringfügig ermäßigt. Die **Sachanlagen** sind mit 707,2 Mio. € im Verhältnis zur Bilanzsumme auf 65,7 % (Vorjahr 63,7 %) angestiegen. Eine wesentliche Veränderung ergab sich bei den Finanzanlagen, die sich durch die Einlage in die neu gegründete Zwischenholding UKE Business Services GmbH & Co. KG in Höhe von 1,9 Mio. € zum Bilanzstichtag auf 2,5 Mio. € (Vorjahr 0,6 Mio. €) erhöht haben. Das langfristig gebundene Vermögen ist unverändert vollständig durch langfristig verfügbare Mittel finanziert.

Die Abnahme der **Forderungen** von 339,8 Mio. € per Ende 2011 auf 320,8 Mio. € ist vorrangig auf die gesunkenen Forderungen gegenüber dem Krankenhausträger, der Freien und Hansestadt Hamburg zurückzuführen. Von den insgesamt 23,2 Mio. € entfielen dabei 16,8 Mio. € auf die geringeren Forderungen aus Fördermitteln und 6,0 Mio. € auf Altersversorgung.

Der Abnahme bei den **Guthaben bei Kreditinstituten** in Höhe von 20,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr ist gut hälftig begründet in der Rückführung des Betriebsmittelkredites bei der Kasse.Hamburg. Zudem spiegeln die abgenommenen liquiden Mittel die unterjährig anteilig zurück bezahlten Entgelte nach dem KHEntgG wider.

Das **Eigenkapital** hat sich um das positive Jahresergebnis in Höhe von 0,6 Mio. € erhöht und beträgt am Stichtag 37,0 Mio. €. Die Eigenkapitalquote hat sich nach 3,2 % in 2010 auf 3,4 % verbessert. Der Bilanzverlust hat sich entsprechend auf 60,1 Mio. € verringert.

Die Abnahme der **Sonderposten** stellte sich zu 25,9 Mio. € bei den durch HBFGMittel geförderten Investitionen im Zusammenhang mit der Einstellung dieser Förderfinanzierung ein. Demgegenüber sind die Sonderposten der Investitionen, die mit FHH Mitteln gefördert wurden, um 12,9 Mio. € angestiegen.

Die **Rückstellungen** weisen per Saldo am Bilanzstichtag eine Zunahme in Höhe von 1,6 Mio. € auf 260,7 Mio. € aus. Eine wesentliche Zuführung in Höhe von 6,0 Mio. € gab es darunter bei den Steuerrückstellungen. Seit Mitte 2011 ist der UKE Konzern einer Betriebsprüfung unterworfen, die sich über den Prüfungszeitraum 2004 bis einschließlich 2008 und inhaltlich auf die Prüffelder Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer erstreckt. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2011 lag noch kein endgültiger Prüfbericht vor. Auf Basis einer durch Zwischenvermerke substantiierten Schätzung eines möglichen Rückzahlungsbetrages einschließlich Verzinsung ist die Höhe der Rückstellung mit 4,8 Mio. € angesetzt worden. Die Rückstellungsbildung erfolgte auf Basis der gebotenen kaufmännischen vorsichtigen und konservativen Risikoeinschätzung.

Im Bereich der **Verbindlichkeiten** ist die Abnahme nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht auf die bereits erwähnten Vereinbarungen mit den Krankenkassen zurück zu führen. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Kasse.Hamburg haben sich auf 65,5 Mio. € nach 75,2 Mio. € in 2010 ermäßigt und die rückläufigen Verbindlichkeiten aus der Investitionsfinanzierung aus Fördermitteln sind in der zeitnahen Abrechnung der Investitionsmaßnahmen begründet.
Die Zahlungsfähigkeit des UKE ist über die bestehende Kreditlinie von 97 Mio. € bei der Kasse.Hamburg unverändert ganzjährig gesichert gewesen.

2.2. Ertragslage

Die **Erlöse aus Krankenhausleistungen** 2011 stiegen einschließlich der Ausgleichsbeträge in Höhe von insgesamt 9,1 Mio. € nach dem KHEntG bzw. der BPflV gegenüber dem Vorjahr um 6,7 % auf 296,93 Mio. € (Vorjahr: 278,3 Mio. €). Darin sind mit 2,5 Mio. € (Vor-

jahr: 0,7 Mio. €) auch die Erlöse aus den IV Verträgen enthalten sowie die extrabudgetären Erlöse in Höhe von 5,0 Mio. € (Vorjahr: 5,8 Mio. €) aus der Versorgung der internationalen Patienten.

Die **Erlöse aus Wahlleistungen**, die im Rahmen von Dienstverträgen generiert worden sind, stiegen um 4,2 Mio. € oder 20,2 % deutlich überproportional zur Gesamterlösentwicklung auf ein Volumen von 24,8 Mio. €. Dies ist neben der Fallzahlsteigerung insbesondere auf die verbesserte Dokumentation dieser Leistungen durch das verantwortliche klinische Personal und die engmaschige Betreuung und Beratung durch das beauftragte Abrechnungsunternehmen zurück zu führen. Die Entwicklung dieser Position ist immer im Zusammenhang mit der Entwicklung der Nutzungsentgelte zu betrachten. Diese nahmen mit 0,5 Mio. € auf 6,3 Mio. € bzw. einem Rückgang von 7,2 % vergleichsweise moderat ab. Insoweit ist die Gesamtentwicklung als äußerst positiv zu werten.
Die **Erlöse aus ambulanten Leistungen** haben sich erneut mit einem gegenüber der Gesamterlösentwicklung überproportionalem Anstieg von 9,8 % auf 21,3 Mio. € erhöht. Noch stärker fiel mit einem 19,6 %igen Anstieg der Zuwachs der Erlöse aus der Notfallbehandlung aus, die 2,6 Mio. € betrugen. Erstmalig trugen mit knapp 0,8 Mio. € zudem auch die Erlöse aus dem Kinderbehandlungszuschlag nach § 120 bei. Periodenfremd gingen ebenfalls 0,8 Mio. € ein.

Die **Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand** haben gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % bzw. 4,1 Mio. € auf 179,5 Mio. € abgenommen. Dies vor dem Hintergrund, dass sich die Drittmitteleinnahmen (ohne Investitionen) gegenläufig gleichzeitig um 4,2 Mio. € erhöht haben, was einem Anstieg von 4 % auf 56,5 Mio. € entspricht. Der ebenfalls hierin enthaltene Zuschuss des HVF zum Versorgungsaufwand, der das UKE in die Situation versetzt, eine von Altersversorgungsaltlasten befreite und damit eine den tatsächlich laufenden wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Ertragslage auszuweisen, ist auf Basis der entsprechenden Pensionsgutachten um 36,9 % bzw. 5,8 Mio. € auf 9,9 Mio. € gesunken. Studiengebühren wurden in Höhe von 1,6 Mio. € vereinnahmt.

Der Treiber des Anstiegs bei den **sonstigen betrieblichen Erträgen** in Höhe von 9,5 % bzw. 10,7 Mio. € waren wie in den Vorjahren die gestiegenen Leistungsbeziehungen mit den verbundenen Unternehmen, worunter die Erträge aus der Lieferung von medizinischem Sachbedarf um 2,2 Mio. € auf 37,2 Mio. € gewachsen sind und die Erträge aus konzerninternen Dienstleistungen um 1,7 Mio. € auf 31,2 Mio. €.
Daneben wurden aus der Personalgestellung gegenüber Dritten gegenüber 2010 Mehrerlöse in Höhe von 0,7 Mio. € erzielt, aus Erstattungen für Kindergartenaufwendungen ebenfalls 0,7 Mio. € sowie aus den Erlösen aus Anlagenverkäufen 0,9 Mio. €. Aus der Auflösungen aus Rückstellungen ergaben sich 2011 insgesamt 1,4 Mio. € mehr Erträge.

In Summe hat sich die **Gesamtleistung** mit einem Anstieg von 32,1 Mio. € auf 653,3 Mio. € (+ 5,1 %) verbessert.

Trotz des deutlichen Anstiegs der Vollkräfte, aber auch unter Berücksichtigung des Anstiegs der Kosten für Fremdarbeit, stiegen die **Löhne und Gehälter** in 2011 nur verhältnismäßig moderat um 3,3 % bzw. 7,9 Mio. €. Innerhalb der Berufsgruppen erhöhten sich die Löhne und Gehälter bei den Ärzten um 9,4 % (+ 7,3 Mio. €), beim Medizinisch Technischen Dienst um 3,2 % (+1,7 Mio. €) und beim Verwaltungsdienst um 7,4 % (+ 1,9 Mio. €). Demgegenüber entwickelten sich die Löhne und Gehälter im Pflegedienst mit 1,5 % (- 0,7 Mio. €) rückläufig.
Der Anstieg des aus **Drittmitteln finanzierten Personalaufwandes** um 4,1 Mio. € auf 32,9 Mio. € korrespondiert mit der Zunahme der Drittmitteleinnahmen. Insgesamt erhöhte sich der Personalaufwand gegenüber 2010 um nur 2,6 % auf 332,1 Mio. €.

Der **Materialaufwand** hat um 8,6 % bzw. knapp 17,0 Mio. € auf 214,2 Mio. € zugenommen. Allein die bezogenen Leistungen machten hiervon zusätzliche Aufwendungen von 4,9 Mio. € (+ 8,5 %) aus, darunter 0,8 Mio. € für Zeitarbeit im klinischen Bereich. Im Zusammenhang mit der Behandlung der EHEC-Patienten ist der Anstieg bei den Gerinnungspräparaten für die Hämophilie um 1,3 Mio. € zu sehen. Hinzu kommt ein Anstieg des Aufwands für allgemeine Plasmapräparate in Höhe von 0,5 Mio. €. Arzneimittelaufwendungen haben sich im Geschäftsjahr um 0,6 Mio. € auf 31,8 Mio. € erhöht.

Der Abnahme der Erträge aus **Zuwendung zur Finanzierung von Investitionen** ist im Wesentlichen verursacht durch die nur noch nachlaufenden Mittelzuweisungen auf Grund des abgerechneten Masterplanprojektes.

Durch die zunehmende Eigenfinanzierung von Investitionsmaßnahmen steigt der Anteil an ergebniswirksamen **Abschreibungen** jährlich an und betrug 2011 4,8 Mio. € nach 4,5 Mio. € im Vorjahr (+8,3 %).

Die **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** entwickelten sich mit einem Zuwachs um 4,3 % auf 91,7 Mio. € analog zu den angestiegenen konzerninternen Leistungsbeziehungen.

Die Erträge aus Beteiligungen und **Ergebnisabführungsverträgen** reflektieren abermals mit einem per saldo gestiegenen Beitrag in Höhe von 12,9 Mio. € (Vorjahr: 11,7 Mio. €) die erfolgreiche Entwicklung der ausgegliederten und gegründeten Tochtergesellschaften des UKE und bestätigen erneut die strategische Entscheidung zur Ausgliederung ausgewählter medizinischer aber vor allem auch der Dienstleistungsbereiche.

Das **Zinsergebnis** hat sich mit 14,3 Mio. € nach 14,6 Mio. € im Vorjahr leicht verbessert. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass das Zinsniveau ganzjährig auf niedrigem Niveau gehalten hat.

Die Geschäftsentwicklung des UKE hat sich in 2011 insgesamt erfolgreich fortgesetzt und mündete trotz der wirtschaftlich belastenden EHEC-Sondersituation und einem unverändert schwierigen Marktumfeld abermals in einem positiven Ergebnis. Für das Jahr 2011 wird ein **Jahresüberschuss** in Höhe von 0,6 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr: 1,3 Mio. €), der damit über den Erwartungen ausgefallen ist.

3. Prognosebericht

3.1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die im Geschäftsverlauf ausführlich beschriebenen Chancen für das UKE liegen in der konsequenten weiteren Umsetzung der eingeschlagenen Strategie. Dies beinhaltet eine weitere Fokussierung der Leistungsportfolios auf hochkomplexe Leistungen, einen Ausbau der Kooperationen und Partnerschaften mit anderen regionalen und überregionalen Gesundheitsdienstleistern und -industrieanbietern, den Ausbau und die Nut-

zung außerbudgetärer Erlösquellen (Privatkliniken, MVZ, Dienstleistungen für Dritte), die weitere aktive Ansiedlungspolitik auf dem UKE Gelände mit Gesundheitsanbietern sowie die Nutzung von Produktivitätssteigerungspotenzialen durch den interdisziplinären Betrieb im Neuen Klinikum. Ein weiterer, wesentlicher Baustein zur Förderung der erfolgreichen Nachhaltigkeit sämtlicher Aktivitäten des UKE ist eine professionelle Kommunikationspolitik. Diese wird im Wesentlichen durch die interne Abteilung für Unternehmenskommunikation gewährleistet. Mit regelmäßiger und eventbezogener Berichterstattung wird in eigenen Medien sowie über Pressemitteilungen die Mitarbeiterschaft als auch die breite Öffentlichkeit umfassend über das UKE und seine Aktivitäten in Krankenversorgung, Forschung und Lehre informiert. Auf diese Weise sollen das Profil und das positive Image des UKE gestärkt und weiter penetriert sowie gleichzeitig möglichen negativen Trends in der Meinungsbildung entgegengewirkt werden. Mit der Summe dieser Maßnahmen wird angestrebt, eine führende Position in der Universitätsmedizin Nord-Europas zu erreichen.

Die Risiken, denen das UKE ausgesetzt ist, werden in einem umfassenden und regelmäßigen Risikomanagementprozess identifiziert und infolge dessen werden Maßnahmen zum Umgang damit formuliert. Dieser Prozess wurde 2010 neu konzipiert, um die Effektivität und Effizienz der Erhebung der Risiken zu verbessern und in 2011 unternehmensübergreifend umgesetzt. Die Methodik der Risikoerhebung erfolgt in einem „bottom-up“ Ansatz, um eine höhere Sensitivität und Spezifität bei der Risikoerfassung zu erreichen. Hiernach werden potentielle Risiken unterschiedlicher Kategorien identifiziert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Schadenshöhe bewertet und hierfür neue Schwellenwerte definiert. Folgende Risiken sind von besonderer Bedeutung:

Die führende Positionierung des UKE in Hamburg und Umgebung hat sich weiter gefestigt und trug maßgeblich zur Leistungssteigerung bei. Eine stetige Zunahme des Notfallaufkommens, insbesondere im internistischen Bereich, erschwert allerdings die Portfoliosteuerung und damit eine klare strategische Ausrichtung und stellt somit ein potenzielles Risiko dar. Damit einhergehend kann dies zu einem Bettenmangel und somit zu einer Leistungsbegrenzung führen.

Im Bereich der medizinischen Versorgung bestehen Erlösrisiken aufgrund von nicht indikationsgerechtem Einsatz von Arzneimitteln, die zusatzentgeltfähig sind. Um dem entgegenzuwirken, ist ein Absicherungsverfahren im Vorfeld mit den Krankenkassen z. B. in Form einer gesonderten Kostenübernahme geplant.

Das UKE ist nicht unmittelbar von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise betroffen. Kurzfristig profitiert sogar das UKE indirekt über die aktuell günstigen Finanzierungskosten und die zusätzlichen Konjunkturprogramme des Bundes und der Länder. Darüber hinaus ist die Zahlungsfähigkeit des UKE wegen der bestehenkden Kreditlinie bis zu 97 Mio. € bei der Kasse.Hamburg für Betriebsmittelkredite auch in Zukunft nicht gefährdet. Allerdings ist künftig damit zu rechnen, dass die ökonomische Entwicklung sich weiter negativ auf die Sozialversicherungseinnahmen auswirken und damit der Kostendruck auf das Gesundheitswesen weiter verstärkt wird. Dies führt insbesondere im fragmentierten Krankenkassenmarkt mit vielen Teilnehmern, die nicht die kritische Größe aufweisen, zu Liquiditätsengpässen bei einigen Krankenkassen. Hieraus resultieren zunehmend nicht fristgerechte Kostenerstattungen, in deren Folge das UKE in eine Vorfinanzierung treten muß, die die Liquidität des UKE spürbar belastet und administrative Ressourcen innerhalb des Forderungsmanagements bindet.

Erste spürbare Belastungen ergaben sich bereits etwas verzögert in Folge der Finanzmarktkrise im Bereich der Altersversorgung. Der Hauptversicherer der Altersversorgungslasten hat mit Wirkung ab dem Jahr 2012 den Garantiezins um 0,5 Prozent abgesenkt, wodurch sich in der Konsequenz die jährliche Belastung für die Versicherungsprämie um 2 Mio. € erhöht. Zukünftig ist die Entwicklung des Garantizinses kritisch zu beobachten, da weitere Absenkungen des Garantiezinses zu befürchten sind.

Mit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) kam es zu einer höheren Bewertung der Pensionsrückstellungen. Bezogen auf die UKE Pensionsrückstellungen ist eine Zuführung in Höhe von rd. 1,5 Mio. € p.a. erforderlich, die im Rahmen der Erstattung der Versorgungsaltlasten durch den HVF zu einer bilanziellen, aber nicht zahlungswirksamen Ergebnisbelastung beim UKE in Höhe von 0,1 Mio. € für die nächsten 13 Jahre führen wird.

Weitere Risiken im Personalbereich liegen in Rekrutierung und dem Halten von hoch qualifiziertem Personal im ärztlichen und pflegerischen Bereich. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken werden Personalkonzepte erarbeitet, die zur Personalakquisition, Personalbindung und Qualifikation von Mitarbeitern beitragen. Unter anderem bildet das UKE inzwischen Operationstechnische Assistenten (OTA) aus.

Dem Risiko einer Steuernachzahlung als Ergebnis aus der noch laufenden Betriebsprüfung wurde mit der Bildung einer entsprechenden Rückstellung hinreichend Rechnung getragen.

Ein bedeutsames wirtschaftliches Risiko stellt für das UKE nach wie vor die rückläufige Investitionsmittelausstattung dar. Obgleich Investitionen in der Vergangenheit in erheblichen Umfang gefördert wurden, besteht noch immer eine Investitionslücke (rd. 200 Mio. €). Diese muss mittelfristig geschlossen werden, um die Erbringung von Leistungen der Hochleistungsmedizin und -forschung hierdurch nicht einzuschränken und die in einem mühsamen Prozess an das UKE gewonnenen Spitzenforscher in einem kompetitiven Umfeld nicht wieder zu verlieren. Da hierfür die geplanten Fördermittel nicht ausreichen, sind notwendige Investitionen zumindest teilweise durch das UKE zu tragen, was zu einer steigenden Ergebnisbelastung führt. Daher steht das UKE mit der Zielsetzung, die Fördermittelbereitstellung zu erhöhen, in ständigen Verhandlungen mit der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

3.2. Zukünftige Entwicklung der Körperschaft

Krankenversorgung

Ausgehend von einem kontinuierlich hohen Auslastungsgrad geht das UKE unverändert von einer mittelfristigen Leistungssteigerung von etwa 4% pro Jahr aus. Dabei steht auch in **2012** das qualitative Leistungswachstum im Vordergrund. Zudem sollen Erlöse über weiterentwickelte Vertriebstrategien für definierte Produkte sowie Einweiser/Online Marketing generiert werden. Auch die bereits vorhandenen Standbeine der extrabudgetären Erlöse sollen über den Ausbau von IV

Verträgen und dem internationalen Geschäft wachsen. Insgesamt liegen die Umsatzerwartungen aus Krankenhausleistungen bei einem Zahlbasisfallwert in Höhe von 2.990 € für 2012 mit rund 310 Mio. € bei gut 4 %.

In 2012 wird mit Belastungen in der Größenordnung von 18,6 Mio. € vor allem aus Tarifkostensteigerungen von schätzungsweise ca. 4 % über alle Berufsgruppen aus den anstehenden Tarifverhandlungen mit den Tarifparteien Marburger Bund und ver.di und der Veränderung der Sozialabgaben (zusammen etwa 11,0 Mio. €) sowie den Preissteigerungen bei den Sachkosten (v.a. Energie), dem realen Kaufkraftverlust des Betriebsmittelzuschussses und schließlich den steigenden Zinsaufwendungen (v.a. für Investitionen) gerechnet. Diese müssen über die Erlössteigerung insbesondere in den Mehrleistungen für stationäre Krankenhausleistungen und eine Produktivitätsverbesserung von etwa 4 % zu schultern sein. Insgesamt sind bereits Produktivitätsziele von 17,5 Mio. € identifiziert und ein umfassendes Maßnahmenpaket verabschiedet. Darunter ist auf der Kostenseite vorgesehen, Einsparungen über Standardisierungen und Sortimentsbereinigungen im medizinischen Sachbedarf zu realisieren. Zudem sollen Personalmaßnahmen zu einer Rückführung der in 2011 aufgebauten Vollkräfte um mindestens 60 führen.

Vor diesem Hintergrund sehen die Planungen bislang für 2012 eine Verdopplung des Jahresüberschuss auf das Niveau von 2010 in Höhe von 1,3 Mio. € vor. Mittelfristig wird jährlich ein geringes positives Ergebnis erwartet.

Forschung und Lehre

Im Bereich der **Forschung** ist für 2012 davon auszugehen, dass sich der in 2011 beeindruckende Trend sowohl bezogen auf wissenschaftlich inhaltliche Erfolge aber auch wirtschaftlich in Bezug auf die Einwerbung von Forschungsmitteln zumindest anhalten oder sogar noch an Dynamik gewinnen wird. Unter Berücksichtigung der Anregungen und Vorschläge des WR-Berichtes, wird die weitere Fokussierung der thematischen Forschungsschwerpunkte sowie die Umsetzung der am UKE erarbeiteten Curriculum-Reform, die sich am Bologna-Prozess orientiert, prioritär angegangen.

Im Bereich **Lehre** plant die medizinische Fakultät ab dem Wintersemester 2012/13 die Einführung eines Modellstudiengangs Medizin auf Grundlage von § 41 der Approbationsordnung für Ärzte (2002). Zentrales Anliegen des Modellstudiengangs ist eine stärkere wissenschaftliche Orientierung sowie eine erweiterte Vermittlung von praktischen Fähigkeiten, Fertigkeiten und psychosozialen Kompetenzen für den Arztberuf unter Berücksichtigung der Stärken und Leitprinzipien des Bologna-Prozesses. Das „Physikum“ soll in Absprache mit dem zuständigen Landesprüfungsamt Hamburg durch universitätseigene Prüfungen ersetzt werden.

Marktwirtschaftliches Umfeld

Weiterhin wird die Abhängigkeit von der Entwicklung am Kapitalmarkt proportional mit den anwachsenden Finanzierungsbelastungen für Investitionen steigen. Schließlich werden anhaltende Finanzmarktkrisen zunehmend spürbar negative Effekte für die Sozialversicherungsträger haben und damit mittelbar auch auf das UKE ausstrahlen.

Gesundheitswirtschaftliches Umfeld

In 2013 soll – nach derzeitigem gesetzgeberischen Verfahren – auch im Bereich der Psychiatrie ein Fallpauschalen-System Einzug halten. Bislang wurden diesbezüglich jedoch noch keine konkreten Eckpunkte beschlossen. Insoweit bleibt offen, ob die wesentlichen Entscheidungen noch rechtzeitig in 2012 getroffen werden, um eine Chance zu haben, die damit einhergehenden technischen Voraussetzungen zu schaffen, um auf Krankenhausseite eine entsprechende Entscheidung zum Umstieg treffen zu können.

Mittelfristige Entwicklung der UKE KdÖR

Insgesamt ist davon auszugehen, dass das Geschäftswachstum und die Produktivitätssteigerungen sowohl beim UKE selbst als auch bei den Tochtergesellschaften mittel- und langfristig zu einer kontinuierlichen und nachhaltigen Ergebnisverbesserung führen werden. Im Spannungsfeld zwischen Sicherstellung des öffentlichen Auftrags zur Krankenversorgung als Maximalversorger und Wirtschaftlichkeit bzw. Wettbewerb werden die Leistungsangebote und Prozesse des UKE laufend angepasst. Die Bereitstellung der damit einhergehenden medizinischen Innovationen bedeutet bei abnehmender Förderung seitens des Trägers einen zunehmenden wirtschaftlichen Druck und fordert höchste Management-Exzellenz. Vor diesem Hintergrund wird sich der aktuelle Unternehmenskurs des UKE sowohl operativ als auch strategisch weiter fortsetzen. Unter der Maßgabe, dass sich die aus externen Faktoren resultierenden Risiken nicht oder nur in geringem Ausmaß realisieren werden, wird mittelfristig jährlich ein geringes positives Ergebnis erwartet.

4. Verbundene Unternehmen

Im Zuge der Forderung des Rechnungshofes eine mit § 65 LHO Abs. 1 konforme Struktur in Bezug auf die Haftung des Trägers bis zum Jahresende herzustellen, wurden in 2011 die organisatorischen Vorkehrungen zur Gründung einer Zwischenholding, der UKE Business Services GmbH & Co. KG, getroffen, die als Trägergesellschaft der gewerblichen Tochtergesellschaften fungiert, deren Ergebnisabführungsverträge gemäß dieser Vorgabe sowohl gekündigt bzw. aufgehoben werden mussten. Im Jahr 2011 umfasste der UKE Konzern damit eine Zwischenholding und 16 mehrheitlich teils direkte und indirekte zum UKE gehörende Tochtergesellschaften sowie zwei Enkelgesellschaften.

Die Holdinggesellschaft

Die **UKE Business Services GmbH & Co. KG (UBS)** wurde am 09. Dezember 2011 errichtet. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die UKE Verwaltungs GmbH (vormals: NOZ Norddeutsche Zyklotron GmbH). Kommanditistin ist mit einer Kommanditeinlage von 1,9 Mio. € das Universitätsklinikum HamburgEppendorf KdÖR. Das Dienstleistungsspektrum umfasst insbesondere die Erbringung von administrativen Dienstleistungen für Beteiligungsunternehmen sowie für Dritte. Zudem ist die Arbeitnehmerüberlassung Gegenstand des Unternehmens.

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft wird zum 1.1.2012 aufgenommen. Das UKE wird in 2012 seine Geschäftsanteile an der MartiniKlinik am UKE GmbH, der ForEx Gutachten GmbH und der MediGate GmbH an die UBS übertragen, die dann alleinige Gesellschafterin sein und mit diesen Organgesellschaften Ergebnisabführungsverträge abschließen wird. Das Ergebnis der UBS wird damit im besonderen Maße von den Jah-

resergebnissen dieser Organgesellschaften abhängen. Für 2012 wird mit Erträgen aus der Gewinnabführung in Höhe von 3,0 Mio. € gerechnet. Für das originäre Geschäft der UBS wird ein leicht positives Ergebnis erwartet.

Die Komplementärin der Holdinggesellschaft

Mit Gesellschafterbeschluss vom 13. Dezember 2011 wurde die Umfirmierung der NOZ Norddeutsche Zyklotron GmbH in **UKE Verwaltungs GmbH** festgelegt. Der Gesellschaftszweck wurde dahingehend geändert, dass nunmehr die Verwaltung und Übernahme der Komplementärstellung bei der UBS wahrgenommen wird. Der mit dem UKE bestandene Ergebnisabführungsvertrag wurde in gegenseitigem Einvernehmen zum 31. Dezember 2011 aufgehoben und der Geschäftsbetrieb zum 1.Januar 2012 wieder aufgenommen. Unverändert beträgt das Stammkapital 25 T€.
Für 2011 weist die Gesellschaft einen Fehlbetrag in Höhe von 2 T€ aus, der sich vor dem Hintergrund des ruhenden Geschäftsbetriebes ausschließlich aus der Konzernumlage für Gewerbesteuer 2010 sowie durch Kosten für Steuerberatung und Offenlegung ergab. Der Jahresfehlbetrag wurde aufgrund des noch bis Jahresende gültigen Ergebnisabführungsvertrages durch das UKE ausgeglichen. Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft steht in starker Abhängigkeit von der UBS.

Die drei Organgesellschaften der Holding

Die 2004 gegründete und in 2011 zu 100 % dem UKE gehörende **„Martini-Klinik am UKE GmbH" (Martini-Klinik)** (Stammkapital 25 T€) ist auf die Behandlung von Prostatakarzinom spezialisiert, wobei die radikale Prostatektomie (operative Entfernung der Prostata) mit über 90 % der Eingriffe dominiert. Zusammen mit den Patienten aus der Urologie des UKE wurde diese Operation in 2011 über 2100 mal (+ 200 gegenüber Vorjahr) durchgeführt, wobei der ausgewiesene Anteil der Martiniklinik gegenüber dem Vorjahr von 1365 um 87 Fälle auf 1278 gesunken ist. Dies ist vor dem Hintergrund zu werten, dass Patienten mit Verträgen zur Integrierten Versorgung des Prostatakarzinoms zum Großteil im UKE geführt werden. Mit diesem Wachstum konnte die bereits 2008 eroberte Position an der Weltmarktspitze unter den Prostatakarzinomzentren weiter ausgebaut werden. Die Martini-Klinik ist Partner und Motor des Verbundprojektes Prostatakrebs des Bundesministeriums für Forschung und Bildung (BMBF) geworden. An diesem auf fünf Jahre angelegten Projekt mit einer Fördersumme von insgesamt 8,5 Mio. € (Anteil Martini-Klinik: 873 T€) nehmen neben der Martini-Klinik auch das UKE sowie das Deutsche Krebsforschungszentrum teil.
Der effektive Casemix ist von 3.177,69 auf 2.992,24 um 6 % gesunken. Die Leistungsausweitung brachte im Jahresvergleich einen Umsatzzuwachs in Höhe von 11,5 % auf 19,8 Mio. €. Hiervon wurden 10,2 Mio. € (Vorjahr: 10,7 Mio. €) aus Fallpauschalen erzielt.

Der Jahresüberschuss der Martini-Klinik hat sich moderat auf 3,9 Mio. € (Vorjahr: 3,8 Mio. €) erhöht und wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an das UKE abgeführt.

Insgesamt hat sich ein nachhaltig stabiles und sehr erfolgreiches Geschäftsfeld entwickelt, dass trotz der negativen Implikationen im Hinblick auf die Kostenerstattung durch die Kostenträger umfangreiche Wachstumsperspektiven bietet. In Folge des Inkrafttretens der Regelungen des Versorgungsstrukturgesetzes zum 01.01.2012 sind Privatkliniken in räumlicher und organisatorischer Verflechtung mit einem öffentlichen Krankenhaus verpflichtet, nach dem Krankenhausentgeltgesetz abzurechnen. Dies bedeutet für die stationäre Versorgung einen Erlösausfall von ca. 1.700 € pro Fall, der durch die Erhebung eines Investitionszuschusses und die Anhebung der Preise für nichtärztliche Leistungen in der Martiniklinik teilweise kompensiert werden soll. Vor diesem Hintergrund wird 2012 mit einem Rückgang des Ergebnisses auf etwa 3,0 Mio. gerechnet.

Die **MediGate GmbH**, die bis 2011 eine 100 %ige Tochter des UKE war, ist ein Dienstleistungsunternehmen für die Medizinische Fakultät mit dem Fokus auf dem Management von Drittmittelverträgen mit öffentlichen Drittmittelgebern und Auftraggebern aus der Industrie, den Wissens- und Technologietransfer mit Patentverwertung sowie der Unterstützung der am UKE durchgeführten klinischen Studien. Für diese Dienstleistungen erhält die MediGate eine kostendeckende Pauschalvergütung von der Medizinischen Fakultät der Universität Hamburg. Eine bedeutende Geschäftsfelderweiterung ergab sich durch die **Verschmelzung der** bis Ende 2010 zu 100 % dem UKE gehörende **Analytical Services North GmbH auf die MediGate zum 1.1.2011** gemäß Gesellschafterbeschluss vom 25.10.2010. Innerhalb der MediGate wird die ASN als Geschäftsbereich weiter geführt, der Dienstleistungen für das UKE und für Dritte in der High-Endbiomedizinischen Diagnostik erbringt. Ziel der ASN Aktivitäten ist, die führenden forschenden Pharmaunternehmen als Kunden zu gewinnen und im Bereich der präklinischen Forschung dauerhaft zusammen zu arbeiten. Strategischer Hintergrund der Verschmelzung beider Unternehmen sind die Synergieeffekte, die sich aus dem Angebot von gebündelten präklinischen und klinischen Dienstleistungen ergeben. In 2011 hat sich die Anzahl der Vorgänge im Drittmittel-Vertragsmanagement um 11 % auf 1.820 gesteigert. Darunter wurden 12 EU-Forschungsprojekte mit einem auf das UKE-entfallenden Anteil am Gesamtvolumen in Höhe von 14,1 Mio. € verhandelt. Der Patent- und Lizenzbereich brachte 72 aktive UKE Erfindungsfälle hervor. Der Geschäftsbereich Clinical Trial Center North (CTC) war 2011 erneut starken Auslastungsschwankungen durch unvorhersehbare Projektabsagen und -verzögerungen unterworfen, profitierte aber auch von ungeplanten Auftragseingängen im Zuge der EHEC-Krise. Die Umsatzsteigerung in diesem Geschäftsfeld um 21 % wurde überlagert von den hohen Belastungen aus der Personalbereitstellung für die EHEC-Ambulanz. Vor allem durch das hinzugekommene Geschäft der ASN erhöhte sich der Gesamtumsatz von 3,5 Mio. € auf 5,4 Mio. €. Nach einem Jahresfehlbetrag in 2010 in Höhe von 361 T€ in 2010 wurde in 2011 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 221 T€ erwirtschaftet. Dieser wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an das UKE abgeführt.
Die bereits angebahnte und abgeschlossene Auftragslage signalisiert eine insgesamt höhere und konstantere Auslastung in 2012, so dass erneut mit einem Jahresüberschuss gerechnet wird. Es wird erwartet, dass sich diese Entwicklung auf auf mittelfristige Sicht fortsetzt.

Die **ForEx Gutachten GmbH** ist bis 2011 eine 100 %-ige Tochtergesellschaft des UKE mit Sitz in Pinneberg. Ihre Aufgabe besteht in der Erbringung von Service-Gutachter- und Vermittlungsdienstleistungen auf dem

Gebiet der Rechtsmedizin für Hoheitsträger und sonstige Auftraggeber. Das Leistungsspektrum umfasst im Wesentlichen die Durchführung von Leichenschauen und Obduktionen sowie die Gestellung von Ärzten für einen mobilen polizeiärztlichen Dienst. Dieses Geschäftsfeld steigerte seinen Umsatz um 9 % auf 477 T€ und ist unverändert stärkster Umsatzbereich. Insgesamt erwirtschaftete die ForEx einen Umsatzanstieg um 14,1 % auf 1,5 Mio. € (2010: 1,3 Mio. €). Für das Geschäftsfeld der Koordination und des Abrechnungsservice für Gutachtenleistungen der UKE Wissenschaftler und Ärzte wurden 37 T€ (nach 51 T€ in 2010) erlöst. Die ForEx weist am Jahresende einen Gewinn nach einer mindernden Konzernumlage in Höhe von 82 T€ für Steuernachzahlungen in Höhe von 240 T€ (Vorjahr 243 T€) aus, der gemäß Gewinnabführungsvertrag an das UKE abgeführt wird. Für 2012 wird nur eine leicht rückläufige Umsatzentwicklung auf etwa 1,4 Mio. € und eine Ergebnisverbesserung auf etwa 250 T€ erwartet.

Daneben bestehen weiterhin **10 Organgesellschaften** mit **zwei Enkelgesellschaften**, die auch künftig direkt dem UKE gehören und direkt konsolidiert werden.
Hierzu gehören zum einen **drei klinische Tochtergesellschaften und eine klinische Enkelgesellschaft sowie eine Schule.**

Die **Ambulanzzentrum des UKE GmbH (MVZ)** mit einem Stammkapital von 25 T€ ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft des UKE, die ausschließlich durch die **krankenkassenfinanzierte ambulante Patientenversorgung** Erlöse erzielt. Das Ambulanzzentrum hat ihr Leistungsspektrum 2011 um drei weitere auf nunmehr 24 Fachbereiche erweitert. Hinzu kamen die Osteologie und die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Als erstes und bisher einziges MVZ in Hamburg wurde außerdem ein Fachbereich MKG-Chirurgie aufgenommen. Aufgrund schwächerer Leistungszahlen in den Bereichen Radiologie und Dermatologie konnte die Steigerungsrate des Umsatzvolumens nicht gehalten werden und belief sich im Geschäftsjahr auf einen Anstieg in Höhe von 1,4 % auf 15,6 Mio. €. Der Jahresüberschuss 2011 des MVZ wurde durch gestiegene Personalkosten, Rückstellungen und Abschreibungen belastet und fiel vor Gewinnabführung mit 67 T€ unter das Vorjahresniveau (157 T€). Letztmalig zum Geschäftsjahr 2011 wird der Gewinn über den Ergebnisabführungsvertrag an das UKE abgeführt. Der seit 2004 bestehende Ergebnisabführungsvertrag mit dem UKE wurde einvernehmlich zum 31.12.2011 aufgehoben, um künftig die mittelbare Haftung der FHH gemäß § 65 LHO für diese Gesellschaft auszuschließen. Im Zuge dessen wurde beschlossen, in 2012 das Stammkapital auf 4,0 Mio. € herauf zu setzen.
Für das Jahr 2012 werden keine Änderungen der EBM- und GOÄ-Vergütungsbedingungen gesehen, sodass die erwartete moderat positive Geschäftsentwicklung zum einen aus einer Leistungssteigerung der bestehenden Fachbereiche kommen soll sowie aus der Erweiterung um zusätzliche Ambulanzen, insbesondere in den Fachbereichen Sportmedizin und Blutgerinnung. Die mittelfristige Planung sieht leicht steigende Umsätze und Ergebnisse vor.

Die **Universitäre Herzzentrum Hamburg GmbH (UHZ)** wurde 2004 aus dem UKE ausgegliedert und ist seither ein zu 100 % dem UKE gehörige Tochtergesellschaft mit einem Stammkapital von 100 T€. Das Behandlungsspektrum umfasst das **komplette kardiologische, herzchirurgische Leistungsprogramm** sowie seit Ende 2009 auch die Erkrankungen des Gefäßsystems sowohl für Erwachsene als auch für Kinder. Damit kann am UHZ die Maximalversorgung aller kardiovaskulären Krankheiten erfolgen. 2011 sind die Fallzahlen mit gegenüber dem Vorjahr geminderter Dynamik über alle Bereiche um insgesamt 6 % auf 8697 Fälle erneut angestiegen. Auf Grund einer gezielten Steuerung des Leistungsportfolios konnten die Effektivgewichte trotz wiederholt eingetretener und teilweise starker negativer Katalogeffekte für das gesamte UHZ dennoch um 7 % gesteigert werden. Im Jahresdurchschnitt 2011 verfügte das UHZ unverändert über 186 Betten, die im Jahresmittel mit einer Belegung in Höhe von 89,2 % vergleichsweise sehr hoch ausgelastet waren. 2011 wurden die Budgetvereinbarungen für 2010 und 2011 mit den Kostenträgern abgeschlossen. Gleichzeitig wurde zum 1.3.2011 die Vereinbarung für 2009 wirksam, die nach einer Schiedstellenentscheidung Anfang 2011 von der BGV auch in Bezug auf die Ausgleichsfähigkeit für NUB-Entgelte genehmigt worden war. Im Nachgang hierzu stießen die Kostenträger eine gerichtliche Klärung über die NUB Entgelte an. Das UHZ hat mit der Bildung einer Rückstellung in Höhe des NUB Entgeltvolumens in Höhe von 4,9 Mio. € dem Risiko Rechnung getragen. Belastet hierdurch weist das UHZ für 2011 dennoch mit 6,4 Mio. € den höchsten Jahresüberschuss vor Gewinnabführung seit der Ausgliederung aus. Der Gewinn wird in dieser Höhe an das UKE über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag abgeführt.
Für 2012 plant das UHZ ein Wachstum von 5 %. Das Ergebnis sollte im Zuge der gleichzeitigen Mehrkosten aus Tarifsteigerungen und dem weiteren Ausbau und Betrieb der angepassten Infrastruktur um etwa 1,3 Mio. € höher ausfallen. Für die Folgejahre wird eine moderate Entwicklung erwartet.

Die 2003 gegründete **AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH (AKK)**, die zu 94 % zum UKE und zu 6 % dem Altonaer Kinderkrankenhaus von 1859 e.V. zugehörig ist, betreibt das Altonaer Kinderkrankenhaus.
Das Behandlungsspektrum des AKK umfasst insgesamt sieben Fachabteilungen über die Versorgung bei Früh- und Neugeborenen, die allgemein-**pädiatrische Versorgung** mit breit gefächertem Spezialwissen sowie einer umfangreichen Säuglings- und Kinderchirurgie und die uneingeschränkte Notfallversorgung. Außerdem ist das AKK Träger und Betreiber einer staatlich anerkannten Kinderkrankenpflegeschule mit 63 Ausbildungsplätzen.
Die Fallzahlen im stationären und teilstationären Bereich konnten sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 % verbessern und der Case-Mix auf 10.873,178 (Vorjahr 10.524,302) gesteigert werden. Die gezielte Schwerpunktsetzung und der hohe medizinische Spezialisierungsgrad waren auch in 2011 die wesentlichen Ursachen für diese Steigerung. Der Case-Mix-Index über alle Fachabteilungen stieg um 1,53 % auf 0,993.
Mit der Inbetriebnahme des „Lufthafen – Die Wohnstation am AKK“ konnte Ende April 2011 die größte Baumaßnahme des AKK der letzten Jahre abgeschlossen werden. Für dieses Vorhaben wurden nach § 21 HmbKHG 2,9 Mio. € für den Neubau klinischer Beatmungsplätze sowie 3,0 Mio. € aus dem Bundeskonjunkturpaket II bewilligt.
Die Ertragslage blieb auf dem Vorjahresnivau, so dass nach Bedienung des Besserungsscheines gegenüber dem UKE mit 3,1 Mio. € noch ein Jahresüberschuss in Höhe von 340 T€ (nach 343 T€ in 2010) verblieb. Die

Besserungsabrede sieht vor, dass das UKE bis zu vollständigen Bedienung seiner Forderungen aus der Darlehensgewährung einschließlich Zinsen ab dem Jahr 2007 aus den zukünftigen Jahresüberschüssen des AKK 90 % erhält. Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 wird ein positives Ergebnis auf aktuellem Niveau erwartet.

Das AKK besitzt seit 2006 zu 100 % ein eigenes Ambulanzzentrum, welches als selbstständige Tochtergesellschaft geführt wird (**MVZ am Altonaer Kinderkrankenhaus GmbH**). Das MVZ hat die Zulassung von der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KVH) für die pädiatrische hausärztliche Versorgung mit dem Schwerpunkt für die Kinder- und Jugendpsychatrie und -endokrinologie erhalten. Die Leistungsentwicklung 2011 ist in beiden Fachbereichen vor allem durch eine deutliche (+22 %) Fallzahlsteigerung auf insgesamt 5.911 Fälle gekennzeichnet. Auf Basis der Erlösschätzungen für das 3. und 4. Quartal 2011 ergab sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 3 T€. Eine abschließende Bewertung der Ertragslage kann jedoch erst durchgeführt werden, wenn die derzeitige Erlösschätzung durch die Abrechnung der KVH bestätigt wird. Für 2012 wird eine weiterhin gute Ertragslage und ein Jahresüberschuss in ähnlicher Größenordnung wie für 2011 erwartet.

Die **School of Life Science gGmbH (SLS)** ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft des UKE und staatlich anerkannt für die Ausbildung von biologisch-technischen Assistenten (BTA). Die sogenannte BTA-Schule wird aus Zuschüssen der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) Hamburg, aus Schulgeld, aus Weiterbildungsleistungen und aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Diese Finanzierung führt jedoch nicht zu Überschüssen, sondern dient ausschließlich zur Deckung der Personal- und Sachkosten. Die Ausbildung erfolgt seit 2011 mit sechs Klassen vollständig dreizügig (davor zweizügig). Die Gesamtschülerzahl steigerte sich von 116 am Jahresanfang bis zum Jahresende nach zwischenzeitlich 48 abgegangenen erfolgreich staatlich geprüften BTA-Absolventen auf 144. Der Jahresüberschuss der SLS betrug 19 T€ nach 49 T€ im Vorjahr.
Durch den gesetzlichen Anspruch einer Finanzierung über die Schulbehörde ist zusammen mit den Schulgeld-Einnahmen ein grundsätzlich ausreichendes Erlösvolumen gesichert, so dass für 2012 und 2013 erneut ein mindestens ausgeglichenes Ergebnis erwartet wird.

Weiterhin zählten zu den Organgesellschaften sechs **Servicetochtergesellschaften**, von denen das UKE bei einer zu 100 % und bei fünf mehrheitlich mit jeweils 51 % beteiligt ist sowie eine Enkelgesellschaft:

Die **Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH (KGE)** wurde 2001 errichtet und verfügt über ein Stammkapital von 50 T€. Hiervon hält das UKE 51 % und die Medirest GmbH & Co. OHG (ehem. CCS Clinic Catering Service GmbH Co. OHG) einen Anteil von 49 %. Die KGE ist hauptsächlich für das UKE und deren Tochtergesellschaften tätig und versorgt Patienten, Mitarbeiter, Studenten, Blutspender und Gäste mit Speisen und Getränken. Dabei soll die Versorgung zu marktgerechten Preisen erfolgen und dauerhaft Einsparungen für das UKE erreicht werden. Aufgrund einer unterjährigen Umstellung des Speisenversorgungssystems einiger medizinischer Stationen in der Psychiatrie wurden 2011 vom UKE 450.221 Beköstigungstage (BKT) und damit 2.032 BKT weniger als im Vorjahr abgerufen. Erneut lagen dank des Speisenversorgungssystems „Catering to You“, welches ohne Bestell- und Vorlaufzeiten eine direkte bedarfsorientierte Patientenversorgung ermöglicht, die BKT unverändert unter der Anzahl der Pflegetage.
Daneben stiegen die abgeforderten BKT vom AKK auf 38 T BKT), vom Betriebskindergarten auf 26 T BKT und vom Blutspendedienst auf 34 T BKT.
Die Umsatzerlöse konnten u.a. auch durch ein erhöhtes Retailgeschäft um 442 T€ (+2,5 %) auf 16,2 Mio. € steigern. Die KGE weist für 2011 einen Gewinn in Höhe von 26 T€ (2010: 22 T€) aus, der an das UKE gemäß Ergebnisabführungsvertrag abgeführt wird. Für 2012 und 2013 wird erneut ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt.

Die 2003 errichtete **KTE Klinik Textilien Eppendorf GmbH** (Stammkapital 25 T€) versorgt in erster Linie das UKE und deren Tochtergesellschaften mit Stationswäsche sowie Dienst- und Schutzkleidung im Komplettservice. Die SIMEONSBETRIEBE GMBH, Minden ist der private Minderheitsgesellschafter. Einhergehend mit der Zielsetzung der Optimierung des Wäscheverbrauchs bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung ging in 2011 der Wäschestückverbrauch pro Pflegetag von 17,3 in 2010 auf 16,1 in 2011 zurück. Mit einem Jahresüberschuss in 2011 von 30 T€ vor Ergebnisabführung an das UKE lag die KTE über dem geplanten ausgeglichenen Ergebnis, das auch für 2012 und 2012 erwartet wird.

Die **KSE Klinik Service Eppendorf GmbH** wurde 2004 ausgegründet. An dem Stammkapital von 50 T€ hält das UKE 51 %. Der Minderheitsanteil von 49 % wird von der privaten Gesellschaft Bogdol GmbH gehalten. Die KSE ist im Wesentlichen für die Reinigung sämtlicher Gebäudeflächen des UKE und der Tochtergesellschaften verantwortlich, wobei die Reinigungsleistungen als auch die Qualität der Reinigung optimiert werden sollen und gleichzeitig das Umweltmanagement gefördert wird. Das Gesamtvolumen zu reinigender Fläche war mit 61,8 Mio. m^2 nach 62,7 Mio. m^2 leicht rückläufig. Die verrechneten Jahresreinigungsstunden verringerten sich entsprechend auf rd. 490.000 Stunden. Das angestrebte ausgeglichene Ergebnis wurde v. a. durch die Auflösung einer Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtung (88 T€) deutlich übertroffen und belief sich auf einen Jahresüberschuss in Höhe von 136 T€, der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an das UKE abgeführt wird. Für das Geschäftsjahr 2012 wird der Stundenverrechnungssatz mit dem UKE angepasst und damit erneut ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt.

Die **KLE Klinik Logistik Eppendorf GmbH (KLE)** wurde 2004 ausgegründet. Seit dem 01.01.2007 hält das UKE 100 % des Stammkapitals in Höhe von 50 T€. Die KLE ist für sämtliche Logistik- und Serviceleistungen auf dem UKE-Gelände verantwortlich, die im UKE auch die Integrierte OP-Versorgung, das Management für OP-Instrumente und die modulare Versorgung der Stationen mit Arzneimitteln sowie den Zentraleinkauf einschließen. Die Maßnahmen zur Optimierung der Prozesslogistik fokussierten sich 2011 insbesondere auf die Zentralsterilisation und die OP-Versorgung. Die Produktivität, gemessen an den Logistik-Kosten pro Case-Mix-Punkt, konnte weiter gesteigert werden und erreichte einen Wert von 229 € nach 238 € in 2010. Der Umsatz hat sich insgesamt um 1,9 % auf 23,9 Mio. € ermäßigt, wobei sich die Umsätze mit verbundenen Unternehmen als Erfolg der Prozessoptimierungen um 586 T€ verringert haben, während die Erlöse mit Drit-

ten um 133 T€ gesteigert werden konnten. Der Jahresüberschuss lag bei 9 T€ nach 4 T€ im Vorjahr und wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages an das UKE abgeführt. Auf Basis der Fortführung des eingeschlagenen Konsolidierungskurses wird auch für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 unter der Realisierung weiterer Einsparungen für das UKE ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

An der **KME Klinik Medizintechnik Eppendorf GmbH** mit einem Stammkapital von 50 T€ ist die VAMED Management und Service GmbH Deutschland der private Minderheitsgesellschafter mit einem Anteil von 49 %. Die Management-Leistungen der VAMED zielen auf die kontinuierliche Senkung der Instandhaltungskosten, die Qualitätssteigerung der medizinischen Service-Dienstleistungen und auf die professionelle Bearbeitung der UKE-Projekte in diesem Bereich ab. Die KME ist verantwortlich für die Gerätebewirtschaftung der Medizintechnik im UKE und der Tochtergesellschaften. Die mit dem UKE auf Basis des abgeschlossenen mittelfristigen Business-Plans für 2011 vorgesehene Kosteneinsparung in Höhe von insgesamt 325 T€ wurde erreicht. Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2011 beträgt 187 T€ (Vorjahr: 119 T€). Das Ergebnis wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an das UKE abgeführt. Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 wird jeweils ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet und gleichzeitig für 2012 eine Kosteneinsparung in Höhe von 120 T€ gegenüber 2011 angestrebt.

Auch an der 2004 gegründeten **KFE Klinik Facility Management Eppendorf GmbH** (Stammkapital 100 T€) ist die VAMED Management und Service GmbH Deutschland der private Minderheitsgesellschafter mit einem Anteil von 49 %. Die KFE ist verantwortlich für das gesamte Technische Facility-Management (TFM) und Baumanagement im UKE und deren Tochtergesellschaften sowie den für die auf dem UKE angesiedelten Nachbarn (Facharztklinik, Apcoa Tiefgarage). Das Technische Facility-Management umfasst im Wesentlichen die technische Betriebsführung, die Energie- und Medienversorgung sowie die Instandhaltung der haustechnischen Anlagen und Gebäude. Hierbei soll eine kontinuierliche Senkung der Kosten bei gleichzeitiger Qualitätssicherung erreicht werden. Zur Unterstützung der Zielerreichung wurde mit der VAMED ein Managementvertrag geschlossen, der nach seiner Verlängerung in 2011 bis zum 31.12.2015 fortgeführt wird.

Die Abteilung Baumanagement hat in 2011 zahlreiche Bauprojekte auf dem UKE Campus geplant und realisiert. Hierunter den Neubau der Psychiatrie und den 2. Bauabschnitt des Universitären Cancer Centers UCCH und die Planungen für den Neubau der Kinderklinik begonnen. Zudem bearbeitet die KFE mehrere **externe Projekte**. Beim Neubau der HafenCity Universität Hamburg, einem zentralen und wichtigen Bauvorhaben der Freien und Hansestadt Hamburg mit einem Gesamtvolumen von 61 Mio. Euro, nimmt die Baudienststelle des UKE die Projektsteuerung im Auftrag der BWF wahr und die KFE ist mit der Durchführung befasst. In 2011 haben die Rohbauarbeiten begonnen und die Übergabe an den Nutzer ist für den 1. Februar 2013 geplant.

Im Jahr 2010 erweiterte die KFE ihr Leistungsspektrum um die Sparte **Auslandsprojekte** und erstellt derzeit für die UCM (UKE Consult und Management GmbH) den baulichen und betriebsorganisatorischen Teil für Masterplanungen von Krankenhäusern in der Schweiz.

Über ihre 100 %ige Tochtergesellschaft, die **KFE Energie GmbH** mit einem Stammkapital von 25 T€, ist die KFE der Energieversorger der UKE Liegenschaft. Zwischen der KFE und der KFE Energie besteht ein Gewinnabführungsvertrag, aus dem die KFE im Jahr 2011 eine Gewinnabführung von 0,6 Mio. € vereinnahmen konnte. Zielsetzung der KFE Energie ist, über die Fokussierung auf das Energiegeschäft, durch den Mengeneffekt und durch zeitgemäße Beschaffungsmethoden den stark steigenden Preisen am Energiemarkt mit Energiekosteneinsparungen entgegen zu wirken. Gleichzeitig profitiert das UKE indirekt über den bestehenden gesetzlich anerkannten Energieversorgerstatus der KFE Energie und zieht steuerlich Nutzen durch die Rückerstattung von Ökosteuer (Mineralöl- und Stromsteuer). Durch die in 2010 beschlossenen Änderungen des Energie- und Stromsteuergesetzes hat sich das Potential der Steuerrückerstattung für die KFE Energie deutlich reduziert, so dass künftig auch der Jahresüberschuss der KFE Energie und damit die Gewinnausschüttung an die KFE deutlich niedriger ausfallen wird. Die Geschäftsentwicklung der KFE liegt 2011 insgesamt deutlich über den Planungen und hat einen Jahresüberschuss, einschließlich der Gewinnausschüttung der KFE Energie GmbH, in Höhe von 1,7 Mio. € geführt. Dieser wird über den Gewinnabführungsvertrag an das UKE abgeführt. Für 2012 wird einschließlich des Ergebnisses der KFE Energie von einem Jahresüberschuss in Höhe von 0,8 Mio. € ausgegangen und auch für 2013 soll das Ergebnis in dieser Größenordnung liegen.

Eine **wesentliche Beteiligung** des UKE, die **UKE Consult und Management GmbH (UCM),** wurde im März 2006 gegründet. Aktuell ist das UKE daran zu 40 % beteiligt und die Hellmann Worldwide Logistics GmbH & Co. KG mit 60 %. Der Geschäftszweck der UCM besteht in dem Angebot und der Abwicklung von Beratungs- und Managementdienstleistungen für internationale Einrichtungen des Gesundheitswesens. Der im November 2007 abgeschlossene fünf-Jahres Managementvertrag für das Typical Police Hospital (TPH) in Sana'a wurde vor dem Hintergrund der dortigen bedrohlichen Kriegszustände aufgehoben. Schwerpunkt der Aktivitäten in 2011 war erneut die Beratungstätigkeit im Schweizer Gesundheitsmarkt, wo fünf Mandate gewonnen werden konnten. Die UCM hat in Folge der eingestellten Tätigkeiten einen geringeren Jahresüberschuss in Höhe von 51 T€ (Vorjahr 67 T€) erwirtschaftet. Aufgrund der positiven Umsatzentwicklung wird für das Jahr 2012 von einer weiterhin erfolgreichen Geschäftsentwicklung mit einem über gleichfalls leicht positiven Jahresüberschuss gerechnet.

Die Gesellschaftsanteile an der **MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg Verwaltungs GmbH** in Höhe von 49 % sowie an der **MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg GmbH & Co. KG** ebenfalls in Höhe von 49 % wurden im Geschäftsjahr veräußert.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind außer den bereits dargestellten, keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Hamburg, den 14. März 2012

Der Vorstand

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg
Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktivseite

	31.12.2011		31.12.2010
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Anwendersoftware		964.219,00	1.313.901,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	510.822.681,73		502.213.962,46
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	281.614,00		379.349,00
3. Technische Anlagen	102.630.135,00		109.493.246,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen	88.121.813,95		92.471.339,65
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.314.984,20		9.170.452,87
		707.171.228,88	713.728.349,98
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.486.086,80		586.086,80
2. Beteiligungen	23.500,00		37.955,00
		2.509.586,80	624.041,80
		710.645.034,68	**715.666.292,78**
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	18.520.814,32		18.435.534,63
2. Unfertige Leistungen	7.842.866,80		6.659.196,84
		26.363.681,12	25.094.731,47
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 29.377,36; Vorjahr € 49.329,50)	57.202.034,23		56.662.603,76
2. Forderungen an den Krankenhausträger	203.541.161,81		226.749.066,91
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	53.377.165,24		50.367.361,55
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	85.944,22		73.858,11
5. Sonstige Vermögensgegenstände	6.556.892,05		5.944.870,48
		320.763.197,55	339.797.760,81
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		9.462.594,62	29.671.273,61
		356.589.473,29	**394.563.765,89**
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
1. Disagio	5.400.225,07		5.784.358,76
2. Andere Abgrenzungsposten	1.888.327,27		2.008.390,35
		7.288.552,34	**7.792.749,11**
D. Aktive latente Steuern		**1.409.081,32**	**1.661.259,42**
		1.075.932.141,63	**1.119.684.067,20**

Passivseite

		31.12.2011		31.12.2010
		€	€	€
A.	**Eigenkapital**			
1.	Festgesetztes Kapital	25.564.594,06		25.564.594,06
2.	Kapitalrücklage	4.977.654,05		4.977.654,05
3.	Restrukturierungsrücklage	64.763.638,28		64.763.638,28
4.	Gewinnrücklage	1.835.077,00		1.835.077,00
5.	Bilanzverlust	-60.152.994,40		-60.791.258,00
			36.987.968,99	**36.349.705,39**
B.	**Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens**			
1.	Sonderposten aus Fördermitteln der Freien und Hansestadt Hamburg	490.370.762,16		503.390.645,73
2.	Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen Dritter	15.063.271,90		11.308.641,13
			505.434.034,06	**514.699.286,86**
C.	**Rückstellungen**			
1.	Pensionsrückstellungen	220.581.696,00		222.860.393,00
2.	Steuerrückstellungen	6.217.135,00		244.677,00
3.	Sonstige Rückstellungen	33.852.828,55		35.972.131,02
			260.651.659,55	**259.077.201,02**
D.	**Verbindlichkeiten**			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 5.324.983,73; Vorjahr € 4.834.158,11)	66.889.990,90		67.715.867,41
2.	Verbindlichkeiten gegenüber der Kasse.Hamburg (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 65.535.641,81; Vorjahr € 75.236.722,66)	65.535.641,81		75.236.722,66
3.	Erhaltene Anzahlungen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 3.152.014,03; Vorjahr € 2.160.369,47)	3.152.014,03		2.160.369,47
4.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr €18.061.897,57; Vorjahr € 16.542.293,71)	18.061.897,57		16.542.293,71
5.	Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.917.940,02; Vorjahr € 1.104.336,67)	1.917.940,02		1.104.336,67
6.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (davon nach dem KHEntgG bzw. der BPflV € 10.599.521,27; Vorjahr € 33.026.964,78) (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 10.599.521,27 Vorjahr € 33.026.964,78)	10.599.521,27		33.026.964,78
7.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens und anderen Zuschüssen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 55.443.070,93; Vorjahr € 69.577.026,89)	55.443.070,93		69.577.026,89
8.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 37.413.219,15; Vorjahr € 31.936.914,74)	37.413.219,15		31.936.914,74
9.	Sonstige Verbindlichkeiten (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 10.943.975,10 Vorjahr € 10.389.747,03)	11.053.559,82		10.389.747,03
			270.066.855,50	**307.690.243,36**
E.	**Rechnungsabgrenzungsposten**		**2.399.291,36**	**1.467.290,28**
F.	**Passive latente Steuern**		**392.332,17**	**400.340,29**
			1.075.932.141,63	**1.119.684.067,20**

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

		2011	2010
		€	€
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	296.916.918,06	278.318.057,44
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	24.790.920,87	20.620.030,27
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	21.291.631,20	19.388.100,87
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	6.331.588,40	6.821.743,80
5.	Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	1.183.669,96	285.349,60
6.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 10	179.468.601,55	183.556.826,03
7.	Sonstige betriebliche Erträge	123.230.764,12	112.160.887,08
		653.214.094,16	621.150.995,09
8.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	248.654.318,80	240.795.064,78
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 9.593.055,33; Vorjahr € 14.661.521,40)	50.549.232,95	53.974.760,86
	c) Aus Drittmitteln finanzierter Personalaufwand	32.894.502,47	28.772.328,14
		332.098.054,22	323.542.153,78
9.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	152.493.383,66	140.354.099,41
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	61.669.081,44	56.818.953,94
		214.162.465,10	197.173.053,35
	Zwischenergebnis	**106.953.574,84**	**100.435.787,96**
10.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	20.481.772,59	26.973.262,96
11.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens	46.730.929,76	46.236.720,61
12.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens	23.331.721,00	28.177.680,29
13.	Aufwendungen für geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	3.830.318,90	6.490.413,05
14.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	50.228.144,06	50.265.873,02
15.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	91.690.172,96	87.883.341,73
	Zwischenergebnis	**5.085.920,27**	**828.463,44**
16.	Erträge aus Beteiligungen	18.000,00	0,00
17.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	12.869.002,57	12.027.157,40
18.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 138.599,14; Vorjahr € 85.645,01)	889.994,79	863.827,06
19.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 185.549,19; Vorjahr € 196.406,71)	15.142.996,81	15.503.555,12
20.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.870,40	361.229,42
21.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**3.718.050,42**	**-2.145.336,64**
22.	Außerordentliche Erträge	4.404.520,83	4.499.931,81
23.	Außerordentliche Aufwendungen	1.535.760,00	2.131.108,56
24.	Außerordentliches Ergebnis	2.868.760,83	2.368.823,25
25.	Steuern (davon vom Einkommen und vom Ertrag € -5.910.967.98; Vorjahr € -244.677,00; davon an Organgesellschaften belastet € 672.213,00; Vorjahr € 0,00 davon latente Steuern € -244.169,98; Vorjahr € 1.351.493,57)	5.948.547,65	1.076.040,27
26.	**Jahresüberschuss**	**638.263,60**	**1.299.526,88**
27.	Verlustvortrag	-60.791.258,00	-62.090.784,88
28.	**Bilanzverlust**	**-60.152.994,40**	**-60.791.258,00**

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg
Anhang für das Geschäftsjahr 2011

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des UKE zum 31. Dezember 2011 ist entsprechend dem Gesetz zur Errichtung der Körperschaft „Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf" (UKEG) nach den Rechnungslegungsvorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

Der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung liegt die KHBV zugrunde. In Anwendung des § 265 Abs. 5 HGB wurde die Gliederung den Verhältnissen des UKE entsprechend angepasst.

Bisher erfolgte der Ausweis der Vorauszahlungen ausländischer Patienten unter den sonstigen Verbindlichkeiten. Nunmehr werden diese Vorauszahlungen unter den erhaltenen Anzahlungen ausgewiesen. Der entsprechende Vorjahresbetrag von 1,9 Mio € wurde von den sonstigen Verbindlichkeiten in die erhaltenen Anzahlungen umgegliedert. Ansonsten wurden die Wertansätze der Bilanz zum 31. Dezember 2010 sowie die Ansätze der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 unverändert übernommen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten.

Das Anlagevermögen ist grundsätzlich mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen werden zeitanteilig nach der linearen Methode vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem Sammelposten erfasst und über fünf Jahre abgeschrieben. Gebrauchsgüter im Sinne des Krankenhausfinanzierungsrechts werden in einem Sammelposten erfasst und über drei Jahre abgeschrieben. Für die Abgrenzung zwischen nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten und Instandhaltungsaufwendungen bei Gebäuden wurden bis 1992 die für die Finanzierung geltenden Grundsätze zugrunde gelegt, so dass in Teilbereichen Kosten der Erhaltung und Wiederherstellung aktiviert wurden.

Die Vorräte (Hilfs- und Betriebsstoffe) werden zu fortgeschriebenen Einstandspreisen (Durchschnittswertmethode) bzw. zu letzten Einstandspreisen unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips sowie mit Festwerten bewertet. Die unfertigen Leistungen (Überlieger) wurden entsprechend ihrer anteiligen Verweildauer und der anteilig entstandenen Kosten bis zum Bilanzstichtag bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind auf der Grundlage ihrer Nennwerte angesetzt; erkennbare Ausfallrisiken im Forderungsbestand sind durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten geschätzte Forderungen von 4,0 Mio €.

Soweit bei Darlehensverbindlichkeiten der Erfüllungsbetrag höher ist als der Auszahlungsbetrag, wird der Unterschiedsbetrag als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (Disagio) ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag bestehen unmittelbare Pensionsverpflichtungen in Höhe von 207,1 Mio €, von denen nach Artikel 28 EGHGB 20,8 Mio € passivierungspflichtig sind. Der Berechnung, die nach dem ratierlichen Anwartschaftsbarwertverfahren erfolgt (IDW RS HFA 30), liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Rechnungszins ist der von der Bundesbank bekanntgegebene Diskontierungszinssatz für eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren in Höhe von 5,14 %. Es wurde eine Einkommenssteigerung von 1,5 % p.a., eine Anpassung der laufenden Renten von 1,0 % p.a. und eine Fluktuationsquote von 0,0 % unterstellt. Sämtliche unmittelbaren Pensionsverpflichtungen wurden bis einschließlich des Jahres 2009 in voller Höhe passiviert. Der Unterschiedsbetrag aus der aufgrund des BilMoG zum 1. Januar 2010 veränderten Bewertung von 23,0 Mio € wird entsprechend Artikel 67 Abs. 1 EGHGB innerhalb von 15 Jahren zugeführt.

Daneben bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen von 115,3 Mio €, für die gemäß Artikel 28 EGHGB ein Passivierungswahlrecht besteht. Der Berechnung, die nach dem ratierlichen Anwartschaftsbarwertverfahren erfolgt (IDW RS HFA 30), liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Rechnungszins ist der von der Bundesbank bekanntgegebene Diskontierungszinssatz für eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren in Höhe von 5,14 %. Es wurde eine Einkommenssteigerung von 1,5 % p.a., eine Anpassung der laufenden Renten von 1,0 % p.a. und eine Fluktuationsquote von 0,0 % unterstellt. Die mittelbaren Pensionsverpflichtungen resultieren daraus, dass die aktiven Arbeitnehmer, die am 31. Dezember 2001 und über den 1. Januar 2002 hinaus im UKE beschäftigt waren, in die Unterstützungskasse UKE Hamburg e.V., deren Trägerunternehmen das UKE ist, übergeleitet wurden. Diesen mittelbaren Verpflichtungen steht in Höhe von 126,7 Mio € Deckungskapital bei einer Rückdeckungsversicherung gegenüber. Des Weiteren bestehen wirtschaftlich weitere mittelbare Pensionsverpflichtungen von 21,2 Mio € für die der Unterstützungskasse als passive Trägerunternehmen angeschlossenen Tochtergesellschaften. Auch diesen mittelbaren Verpflichtungen steht insgesamt Deckungskapital von 24,0 Mio € gegenüber.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wird gemäß IDW RS HFA 3 gebildet. Der Berechnung liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Rechnungszins ist der von der Bundesbank bekanntgegebene Diskontierungszinssatz für die durchschnittliche Restlaufzeit in Höhe von 3,94 %. Es wurde ein Einkommenstrend von 1,5 % p.a. und eine Fluktuationsquote von 0,0 % unterstellt.

Die Rückstellung für Jubiläumsverpflichtungen wurde mit dem Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 2 HGB unter Verwendung des von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Diskontierungszinssatzes in Höhe von 5,14 % bei einer durchschnittlichen Restlaufzeit von 15 Jahren berechnet. Es wurde ein Einkommenstrend von 1,5 % p.a. und eine Fluktuationsquote von 6,40 % unterstellt.

Für drohende Schadenersatzverpflichtungen aus strahlentherapeutischer Behandlung in der Abteilung Radiologie und der Frauenklinik bestehen Rückstellungen von 2,1 Mio €. Die bestehenden Rückstellungen berücksichtigen sämtliche bekannte Risiken und berücksichtigen auch die erwarteten Aufwendungen aus periodisch wiederkehrenden, zugunsten der geschädigten Patienten abzuschließenden Anschlussvergleiche. Die Rückstellungen für drohende Schadenersatzverpflichtungen aus sonstigen Behandlungsfehlern von 5,8 Mio € berücksichtigen sämtliche bereits bekannten Risiken. Eine vollständige Dokumentation sämtlicher Rückstellungen aus Behandlungsfehlern wird laufend überarbeitet. Die Rückstellungen sind mit den unter Berücksichtigung der jeweils geschätzten Laufzeit abgezinsten zukünftigen Erfüllungsbeträgen bewertet.

Bei der Bildung der sonstigen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen. Sie sind in der Höhe bemessen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

3. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

a) Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des **Anlagevermögens** ergibt sich insgesamt aus dem gemäß § 4 KHBV aufgestellten Anlagennachweis, der als Anlage beigefügt ist. Im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz der Körperschaft zum 1. Januar 2001 wurden die Grundstücke neu bewertet. Dabei wurde der aktuelle Verkehrswert im Rahmen der Nutzung zugrunde gelegt.

In den **Vorräten** (Hilfs- und Betriebsstoffe) ist ein Festwert für in den Kliniken und Instituten gehaltene Materialbestände sowie für Blutpräparate von insgesamt 8,2 Mio € enthalten.

Die **Forderungen** haben, bis auf geringfügige Ratenzahlungsvereinbarungen von 29 T€, sämtlich eine Laufzeit von unter einem Jahr. Dabei wurde unterstellt, dass die in den Forderungen an den Krankenhausträger enthaltenen Ansprüche aufgrund der vom HVF für Versorgungsverpflichtungen abgegebenen Zusage über 190,3 Mio € und die Forderung an die FHH aufgrund der vom Bernhard-Nocht-Institut übernommenen Altersversorgungsverpflichtungen von 0,6 Mio € formal kurzfristig sind.

In den **Forderungen an den Krankenhausträger** sind in Höhe von 190,9 Mio € Forderungen aus Versorgungsverpflichtungen der FHH bzw. dem HVF enthalten. Davon betreffen 33,5 Mio € mittelbare Versorgungsverpflichtungen. Die Forderungen bestehen aufgrund der mit Vertrag vom 14./20. November 2007 von der FHH bzw. dem HVF abgegebenen Verpflichtung, dem UKE die Versorgungslasten zu erstatten, die vor dem 1. Januar 2001 entstanden sind. Für das Jahr 2011 wurde vom HVF auf Basis geschätzter Zahlen eine um 1,4 Mio € zu hohe Abschlagszahlung geleistet. Der Ausweis der Überzahlung, die im Folgejahr verrechnet wird, erfolgt unter den **Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger**. Des Weiteren sind in den Forderungen Fördermittelforderungen in Höhe von 12,7 Mio € enthalten.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** betreffen mit 36,6 Mio € (Vorjahr 32,3 Mio €) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und mit 3,2 Mio € (Vorjahr 3,6 Mio €) Darlehensforderungen.

Der aktive **Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen mit 5,4 Mio € abgegrenzte Zinsen (Disagio) aus der Finanzierung der Tiefgarage sowie ansonsten im Voraus gezahlte Besoldungen für Beamte und Zeitschriftenabonnements.

Als **Festgesetztes Kapital** ist der Betrag auszuweisen, der vom Krankenhausträger zur dauerhaften Verfügung des Krankenhauses im Sinne der KHBV bereitgestellt ist. Nach § 3 UKEG wurde dem UKE Eigenkapital zur Verfügung gestellt. Das Eigenkapital, das der FHH zusteht, setzt sich aus 25,6 Mio € (50,0 Mio DM) Stammkapital, einer Kapitalrücklage (5,0 Mio €) und einer Restrukturierungsrücklage zusammen. Der Restrukturierungsrücklage von ursprünglich 97,1 Mio €, die als bilanzieller Puffer für die Jahre 2002 bis 2008 diente, wurde in den Vorjahren im Saldo insgesamt ein Drittel für nicht durch Zuschüsse der FHH geförderten Aufwendungen für Altersversorgung für die Jahre bis einschließlich 2004, entnommen.

Die **Gewinnrücklagen** enthalten ausschließlich auf die erstmalige Anwendung des BilMoG zurückzuführende Bewertungsdifferenzen, die im Rahmen der BilMoG Eröffnungsbilanz auf den 1. Januar 2010 gemäß Artikel 67 EGHGB nicht erfolgswirksam erfasst werden konnten, sondern direkt in die Gewinnrücklagen einzustellen waren.

Fördermittel der FHH sowie Zuwendungen und Zuschüsse Dritter für Investitionen in aktivierte Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind als **Sonderposten**, vermindert um den Betrag der bis zum Bilanzstichtag aufgelaufenen Abschreibungen auf die mit diesen Mitteln finanzierten Vermögensgegenstände, ausgewiesen.

In den **Pensionsrückstellungen** sind 33,5 Mio € zukünftige Zahlungen an die Rückdeckungsversicherung und sonstige im Zusammenhang mit der Altersversorgung stehende zukünftige Zahlungen enthalten, denen gleichlautende Forderungen an den HVF gegenüberstehen.

Die Entwicklung der **sonstigen Rückstellungen** ergibt sich aus dem nachfolgenden Rückstellungsspiegel:

	01.01.2011 T €	Verbrauch T €	Auflösung T €	Zuführung Zinsen (Z) T €	31.12.2011 T €
Personalbereich					
Urlaub und Überstunden	6.004	6.004	0	6.278	6.278
Altersteilzeit	11.277	2.322	0	0	9.395
				440 Z	
Jubiläen	541	26	0	0	543
				28 Z	
Sonstiges	2.050	1.991	0	2.103	2.161
Medizinischer Schadenersatz	8.170	859	1.195	1.755	7.884
				13 Z	
Off-Label-Behandlungen	3.751	390	1.073	0	2.289
Budgetrisiken	0	0	0	1.578	1.578
Archivierungskosten	1.423	0	228	0	1.234
				39 Z	
Unterlassene Instandhaltung	710	309	206	150	345
Ausstehende Rechnungen	721	602	0	574	693
Prozessrisiken	362	32	96	145	378
Jahresabschlusskosten	277	156	0	217	338
Übrige Rückstellungen	686	497	0	548	737
	35.972	**13.188**	**2.798**	**13.867**	**33.853**

Die **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten (Vorjahresbetrag)	Gesamt T €	Restlaufzeit bis zu 1 Jahr T €	1 bis 5 Jahre T €	über 5 Jahre T €
gegenüber Kreditinstituten	66.890	5.325	18.544	43.021
	(67.716)	(4.834)	(17.948)	(44.934)
gegenüber der Kasse.Hamburg	65.536	65.536	0	0
	(75.237)	(75.237)	(0)	(0)
Erhaltene Anzahlungen	3.152	3.152	0	0
	(2.160)	(2.160)	(0)	(0)
aus Lieferungen und Leistungen	18.062	18.062	0	0
	(16.542)	(16.542)	(0)	(0)
gegenüber dem Krankenhausträger	1.918	1.918	0	0
	(1.104)	(1.104)	(0)	(0)
nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	10.600	10.600	0	0
	(33.027)	(33.027)	(0)	(0)
aus sonstigen Zuwendungen	55.443	55.443	0	0
	(69.577)	(69.577)	(0)	(0)
gegenüber verbundenen Unternehmen	37.413	37.413	0	0
	(31.937)	(31.937)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	11.054	10.944	110	0
	(10.390)	(10.249)	(141)	(0)
Gesamt	**270.067**	**208.392**	**18.654**	**43.021**
	(307.690)	(244.667)	(18.089)	(44.934)

Die **Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht** betreffen ausschließlich Ausgleichsverbindlichkeiten nach dem KHEntgG bzw. der BPflV.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen mit 24,0 Mio € (Vorjahr 15,8 Mio €) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

In den **Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens und anderen Zuschüssen** sind Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger aus nicht verwendeten Fördermitteln in Höhe von 15,9 Mio € sowie noch nicht verausgabte Drittmittel von 38,9 Mio € enthalten.

Die **latenten Steuern**, die unsaldiert ausgewiesen werden, beruhen auf Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz und aufgrund der mit einigen verbundenen Unternehmen bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft auch auf deren Abweichungen. Bei der Berechnung gelangte für die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag ein Steuersatz von 15,8 % zur Anwendung. Soweit einzelne verbundene Unternehmen (Organgesellschaften) auch gewerbesteuerpflichtig waren, gelangte ein Steuersatz von 32,3 % zur Anwendung. Insgesamt ergeben sich die latenten Steuern wie folgt:

	Vermögens-unterschied T €	Aktive latente Steuer T €	Passive latente Steuer T €
UKE KdöR			
Pensionsrückstellungen	4.437	702	
Rückstellung Altersteilzeit	1.642	260	
Rückstellung Schadenersatz	960	152	
Rückstellung Instandhaltung	377	60	
Forderungen Pensionen HVF	1.538		243
Forderungen Pensionen BNI	75		12
Rückstellung Jubiläen	309		49
Rückstellung Archivierung	165		26
Organgesellschaften			
Rückstellung Altersteilzeit	404	110	
Rückstellung Drohverluste	386	125	
Rückstellung Jubiläen	167		49
Rückstellung Archivierung	46		13
		1.409	**392**

In Höhe des Saldos der aktiven latenten Steuern von 1.017 Te (Nettosteuerentlastung) besteht gemäß § 268 Abs. 8 HGB eine Ausschüttungssperre.

b) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Verpflichtung aus	Gesamt	Restlaufzeit		
	T €	bis zu 1 Jahr T €	1 bis 5 Jahre T €	über 5 Jahre T €
Dienstleistungsverträgen	97.047	5.238	24.071	67.738
(davon gegenüber verb. Unternehmen)	(93.027)	(4.902)	(23.174)	(64.951)
Miet- und Leasingverträgen	18.358	2.563	5.899	9.896
(davon gegenüber verb. Unternehmen)	(75)	(60)	(15)	(0)
Wartungsverträgen	3.207	2.836	371	0
(davon gegenüber verb. Unternehmen)	(0)	(0)	(0)	(0)
Nutzungs- und Kooperationsverträgen	481	172	112	197
(davon gegenüber verb. Unternehmen)	(111)	(1)	(6)	(104)
Gesamt	**119.093**	**10.809**	**30.453**	**77.831**

c) Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung des Zinssatzes eines variabel verzinslichen Darlehens über 13,0 Mio € wurde ein Zinsswap über diesen Betrag zu einem abgesicherten Zinssatz von 4,15 % p.a. mit einer Laufzeit bis zum 21. November 2016 abgeschlossen. Der Zinsswap, der die variablen Zinszahlungen kompensiert, hat einen Marktwert von -1.418 T€, der wegen Vorliegens einer Bewertungseinheit im Sinne von § 254 HGB nicht bilanziert wurde. Es wurde die Einfrierungsmethode angewendet.

d) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

In den **Erlösen aus Krankenhausleistungen** sind insbesondere 249,2 Mio € (Vorjahr 244,0 Mio €) DRG-Erlöse und 21,5 Mio € (Vorjahr 19,9 Mio €) Pflegesatzentgelte enthalten. Insgesamt sind in den Erlösen +9,1 Mio € (Vorjahr -3,2 Mio €) Ausgleichsbeträge nach dem KHEntgG bzw. der BPflV verrechnet.

Die Zunahme der **Erlöse aus Wahlleistungen** ist weiterhin durch die Umstellung der Abrechnung sowie durch Leistungssteigerungen begründet. Bei neu eingestellten Chefärzten verbleibt das Liquidationsrecht beim UKE. Die **Nutzungsentgelte der Ärzte** liegen daher wegen des Rückgangs von Liquidationsberechtigungen leicht unter dem Vorjahresniveau.

Die **Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses** betreffen hauptsächlich die humanmedizinischen Hochschulambulanzen.

Die **Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen** betreffen ausschließlich die Überlieger zu den jeweiligen Bilanzstichtagen.

In den **Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand** sind neben dem Betriebszuschuss für Forschung und Lehre von 110,8 Mio € (Vorjahr 110,6 Mio €) im Wesentlichen mit 58,1 Mio € (Vorjahr 56,4 Mio €) Zuweisungen von Drittmittelgebern, die auch die Studiengebühren umfassen, sowie die ergebniswirksamen Zuschüsse des HVF und der FHH zu den Altersversorgungsaltlasten von 9,9 Mio € (Vorjahr 15,7 Mio €) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind zum größten Teil mit 77,6 Mio € (Vorjahr 73,1 Mio €) auf Umsätze mit verbundenen Unternehmen zurückzuführen. Sie entfallen im Wesentlichen mit 37,2 Mio € (Vorjahr 35,0 Mio €) auf Lieferungen von medizinischem Bedarf, mit 31,2 Mio € (Vorjahr 29,5 Mio €) auf Dienstleistungen, mit 4,3 Mio € (Vorjahr 4,3 Mio €) auf Vermietungen und mit 2,2 Mio € (Vorjahr 2,4 Mio €) auf Personalgestellungen. Ansonsten sind hier im Wesentlichen mit 22,5 Mio € (Vorjahr 23,0 Mio €) Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben, die hauptsächlich aus dem Verkauf von Arzneimitteln aus der hauseigenen Apotheke an ambulante Patienten, Fremdhäuser und Dritte resultieren, mit 3,5 Mio € (Vorjahr 2,8 Mio €) Erträge aus Personalgestellungen, mit 2,8 Mio € (Vorjahr 1,2 Mio €) Erträge aus der Auflösung von Rück-

stellungen, mit 1,6 Mio € (Vorjahr 1,5 Mio €) Erträge aus Vermietungen sowie mit 1,2 Mio € (Vorjahr 0,1 Mio €) Erträge aus Anlageabgängen (davon 199 T € aus dem Verkauf der Beteiligungen an der MPCH) enthalten. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind 2,8 Mio € (Vorjahr 2,0 Mio €) periodenfremde Erträge enthalten.

Der **Personalaufwand** hat sich insgesamt um 8,6 Mio € bzw. 2,6 % erhöht. Dies ist bei weiter gesunkenen Aufwendungen für Altersversorgung auf die Erhöhung der Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Vollkräfte um 0,7 % und insbesondere auf die Tarifsteigerungen zurückzuführen. Die Aufwendungen für die Altersversorgung betragen unter Berücksichtigung des außerordentlichen Aufwandes von 1,5 Mio € und des Zinsaufwandes von 11,1 Mio € insgesamt 22,2 Mio € (Vorjahr 27,7 Mio €). Hierin sind 9,5 Mio € (Vorjahr 11,1 Mio €) Aufwendungen für die Dotierung einer Rückdeckungsversicherung für die auf die Unterstützungskasse UKE Hamburg e.V. übergeleiteten Mitarbeiter enthalten.

Der **Materialaufwand** betrifft im Wesentlichen mit 161,2 Mio € (Vorjahr 146,3 Mio €) Aufwendungen für den medizinischen Bedarf. Der Aufwand für Lieferungen an verbundene Unternehmen macht beim medizinischen Bedarf 34,7 Mio € (Vorjahr 32,6 Mio €) aus. Daneben werden hier mit 28,1 Mio € (Vorjahr 28,7 Mio €) Aufwendungen für den Wirtschaftsbedarf, mit 14,7 Mio € (Vorjahr 12,0 Mio €) Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe und mit 10,1 Mio € (Vorjahr 10,1 Mio €) Aufwendungen für Lebensmittel und Speisenversorgung ausgewiesen. Diese Lieferungen und Leistungen werden fast ausschließlich von verbundenen Unternehmen bezogen.

Die **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** betreffen mit 14,2 Mio € (Vorjahr 23,3 Mio €) Mittel aus dem Finanzplan der FHH für große und kleine Maßnahmen (einschließlich der Umwidmung von Mitteln aus dem Zuschuss für Forschung und Lehre) und im Übrigen Erträge aus Aufträgen Dritter und Spendenmittel von 6,3 Mio € (Vorjahr 3,7 Mio €).

Von den **Abschreibungen** sind insgesamt 4,9 Mio € (Vorjahr 4,5 Mio €) ergebniswirksam. Sie werden nicht durch die Auflösung von Sonderposten neutralisiert.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** entfallen unter anderem mit 25,3 Mio € (Vorjahr 26,4 Mio €) auf laufende Instandhaltungsaufwendungen, mit 17,7 Mio € (Vorjahr 17,1 Mio €) auf laufende Verwaltungskosten, mit 19,3 Mio € (Vorjahr 18,5 Mio €) auf Aufwendungen im Drittmittelbereich, mit 4,2 Mio € (Vorjahr 4,3 Mio €) auf Miet- und Pachtzahlungen und mit 1,8 Mio € (Vorjahr 0,2 Mio €) auf Schadenersatzleistungen. Des Weiteren werden unter diesem Posten 1,5 Mio € (Vorjahr 1,5 Mio €) Wertberichtigungen und Abschreibungen von Forderungen einschließlich Aufwendungen aus Vergleichen, 3,7 Mio € (Vorjahr 3,5 Mio €) Aufwand für Zeitarbeitskräfte und 3,0 Mio € (Vorjahr 2,8 Mio €) Weiterleitung von Betriebszuschüssen an Tochterunternehmen ausgewiesen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind 0,8 Mio € (Vorjahr 0,8 Mio €) periodenfremde Aufwendungen enthalten.

Die **Erträge aus Beteiligungen** betreffen ausschließlich Dividendenzahlungen der UCM GmbH.

Die **sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge** entfallen mit 418 T € auf Abzinsungseffekte. Ansonsten betreffen sie die Verzinsung der laufenden Bankguthaben sowie der Forderungen.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** entfallen mit 12,0 Mio € auf Aufzinsungseffekte. Ansonsten betreffen die Zinsaufwendungen Betriebsmittelkredite, die gegenüber dem Vorjahr in etwa auf gleichem Niveau blieben.

Die **außerordentlichen Erträge** betreffen mit 3,1 Mio € Erträge aus der Besserungsabrede für ein der AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH im Jahr 2006 zur Finanzierung des Austrittes aus der VBL gewährtes Darlehen von 13,0 Mio €. Für dieses Darlehen hatte das UKE einen Forderungsverzicht gegen Besserungsabrede ausgesprochen. Daneben werden hier 1,3 Mio € aus der auf 15 Jahre verteilten Erhöhung der Forderungen an die FHH für Finanzierungszusagen für Versorgungsverpflichtungen aufgrund der Bewertungsänderung durch das BilMoG ausgewiesen. Die **außerordentlichen Aufwendungen** betreffen ausschließlich die auf 15 Jahre verteilte Zuführung zur Pensionsrückstellung (1,5 Mio €) aufgrund der Bewertungsänderung durch das BilMoG.

Unter den **Steuern** werden latente Steuern (Aufwand 244 T €, Vorjahr Ertrag von 1.351 T €), und ansonsten im Wesentlichen Gewerbesteuern von 1.539 T € (davon für Vorjahre 1.155 T€), denen Steuerumlagen der Organgesellschaften von 672 T€ gegenüberstehen, sowie ansonsten Steuerrisiken aufgrund einer laufenden Betriebsprüfung von 4,8 Mio € ausgewiesen.

4. Verbundene Unternehmen

Zum Bilanzstichtag werden folgende Anteile an verbundenen Unternehmen gehalten:

Gesellschaft	Zugangs-Jahr	Stamm-kapital	Anteil UKE	Jahres-Ergebnis
		T €	%	T €
Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH	2001	50	51,0	26
School of Life Science Hamburg gGmbH	2003	25	100,0	19
KTE Klinik Textilien Eppendorf GmbH	2003	25	51,0	30
AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH	2003	25	94,0	340
MVZ am Altonaer Kinderkrankenhaus GmbH	2006	25	(100,0)	3
MediGate GmbH	2004	25	100,0	221
KSE Klinik Service Eppendorf GmbH	2004	50	51,0	136
Ambulanzzentrum des UKE GmbH	2004	25	100,0	67
KFE Klinik Facility-Management Eppendorf GmbH	2004	100	51,0	1.013
KFE Energie GmbH	2006	25	(100,0)	644
KME Klinik Medizintechnik Eppendorf GmbH	2004	50	51,0	187
KLE Klinik Logistik Eppendorf GmbH	2004	50	100,0	9
Universitäres Herzzentrum Hamburg GmbH	2004	100	100,0	6.421
Univ. Transplantationszentrum Hamburg gGmbH	2004	25	100,0	0
Martini-Klinik am UKE GmbH	2004	25	100,0	3.873
ForEx Gutachten GmbH	2006	25	100,0	240
UKE Verwaltungs GmbH (vormals NOZ GmbH)	2007	25	100,0	– 2
UKE Business Services GmbH & Co. KG	2011	KG-Kapital 1.900	100,0	0

Die Jahresergebnisse betreffen sämtlich die zum 31. Dezember 2011 endenden Geschäftsjahre. Es handelt sich um die Jahresergebnisse vor gegebenenfalls stattfindenden Ausgleichen aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages. Die in Klammern gesetzten Anteilsangaben betreffen mittelbare Beteiligungen des UKE.

Mit allen verbundenen Unternehmen außer der UKE BS GmbH & Co. KG besteht ein umsatzsteuerliches Organschaftsverhältnis, mit der KGE, KTE, KSE, KLE, KME, KFE, KEE, MediGate, ForEx, UVG, UHZ, Martini-Klinik, und dem Ambulanzzentrum, mit denen Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen wurden, darüber hinaus auch eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft. Die Geschäftsführungen sämtlicher Tochtergesellschaften sind ausschließlich durch im UKE angestellte Mitarbeiter besetzt.

Daneben ist das UKE zum Bilanzstichtag an folgenden Gesellschaften mit über 20 % beteiligt:

Gesellschaft	Zugangs-Jahr	Stamm-Kapital	Anteil UKE	Jahres-Ergebnis
		T €	%	T €
UKE Consult und Management GmbH	2006	25	40,0	51
Verwaltungsgesellschaft Martinistraße 78 GbR	2007	---	40,0	k.A.
HanseMerkur Zentrum für Traditionelle Chinesische Medizin am UKE gemeinnützige GmbH	2010	25	24,0	k.A.

5. Sonstige Angaben

a) Vorstand

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Prof. Dr. Jörg F. Debatin (Vorsitzender), Ärztlicher Direktor (bis 30.09.2011)
- Prof. Dr. Guido Sauter (Stellvertreter des Vorsitzenden), Ärztlicher Direktor (ab 01.10.2011)
- Dr. Alexander Kirstein, Kaufmännischer Direktor
- Joachim Prölß, Direktor für Patienten- und Pflegemanagement
- Prof. Dr. Dr. Uwe Koch-Gromus, Dekan des Fachbereichs Medizin

b) Kuratorium

Das Kuratorium setzt sich wie folgt zusammen:

- Dr. Dorothee Stapelfeldt, Hamburg, Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzende; ab 29.03.2011)
- Dr. Herlind Gundelach, Hamburg, Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzende; bis 29.03.2011)
- Prof. Dr. Dieter Lenzen, Hamburg, Präsident der Universität Hamburg (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Dr. Gerhard Adam, Hamburg, Ärztlicher Leiter Diagnostikzentrum UKE (bis 14.06.2011)
- Jutta Bittner, Hamburg, Beamtin, Freigestelltes Mitglied des nichtwissenschaftlichen Personalrates im UKE (bis 14.06.2011)
- Hans Hinrich Coorssen, Hamburg, Leiter des Amtes für Haushalt und Aufgabenplanung der Finanzbehörde (bis 14.06.2011)
- Diana Donner, Hamburg, Fachgesundheits- und Kinderkrankenpflegerin, Freigestelltes Mitglied des nichtwissenschaftlichen Personalrates im UKE (ab 14.06.2011)
- Michael Eggenschwiler, Hamburg, Sprecher der Geschäftsführung der Flughafen Hamburg GmbH (bis 14.06.2011)
- Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Hamburg, Direktor (em.) am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

- Prof. Dr. Jakob R. Izbicki, Hamburg, Ärztlicher Leiter des Zentrums für operative Medizin UKE (ab 14.06.2011)
- Prof. Dr. Eckart Köttgen, Berlin, Ehemaliger Vorstandsvorsitzender und Ärztlicher Direktor der Charité Berlin (ab 14.06.2011)
- Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg, Rostock, Direktorin der Klinik und Poliklinik für Anästhesiologie und Intensivtherapie Rostock (bis 14.06.2011)
- Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, Hamburg, Rechtsanwältin (ab 14.06.2011)
- Dr. Sibylle Roggencamp, Hamburg, Leiterin des Amtes Vermögens- und Beteiligungsmanagement der Finanzbehörde (ab 14.06.2011)
- Ricarda Schackmann, Hamburg, Leitende MTA-R Diagnostikzentrum UKE
- Prof. Dr. Jürgen Schölmerich, Frankfurt, Vorstandsvorsitzender und Ärztlicher Direktor Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität (ab 14.06.2011)
- Michael Schüler, Hamburg, Geschäftsbereich Personal & Organisation UKE
- Dr. Friedhelm Steinberg, Hamburg, Präsident der Börse Hamburg (bis 14.06.2011)
- Dr. Günther Thayssen, Hamburg, Oberarzt Kopf- und Neurozentrum UKE (ab 14.06.2011)
- Jörg Werner, Hamburg, Stationsleitung Zentrum für Operative Medizin UKE (bis 14.06.2011)

c) Organbezüge

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2011 Bezüge von 1.281 T €. Der Gesamtbetrag entfällt mit 872 T € auf fixe und mit 409 T € auf variable Gehaltsbestandteile.

Die Mitglieder des Kuratoriums bezogen für das Geschäftsjahr 2011 keine Vergütungen.

d) Honorar des Abschlussprüfers

Die Angabe des Abschlussprüferhonorars erfolgt gemäß § 285 Nr. 17 HGB im Anhang des Konzernabschlusses.

e) Arbeitnehmer

Die im Jahr 2011 im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter verteilen sich – umgerechnet auf Vollkräfte – wie folgt auf die einzelnen Dienstarten:

Dienstart	Haushalt Vollkräfte	Drittmittel Vollkräfte	Gesamt Vollkräfte
Ärztlicher Dienst	986,0	72,4	1.058,4
Pflegedienst	1.211,2	21,0	1.232,2
Medizinisch-technischer Dienst	1.255,4	442,8	1.698,2
Funktionsdienst	453,4	3,2	456,6
Klinisches Hauspersonal	2,7	0,0	2,7
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	4,9	0,0	4,9
Technischer Dienst	22,0	0,1	22,1
Verwaltungsdienst	505,8	7,2	513,0
Sonderdienst	50,3	0,0	50,3
Personal der Ausbildungsstätten	35,0	0,0	35,0
Sonstiges Personal	18,5	0,2	18,7
	4.545,2	**546,9**	**5.092,1**

Insgesamt betrug die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer im Sinne des § 285 Nr. 7 HGB 6.788 Arbeitnehmer (Vorjahr 6.602 Arbeitnehmer).

f) Entsprechenserklärung zum Hamburger Corporate Governance Kodex

Die Entsprechenserklärung durch den Vorstand und das Kuratorium zum Hamburger Corporate Governance Kodex wurde für das Geschäftsjahr 2011 abgegeben und wird auf der Internetseite des UKE unter www.uke.de veröffentlicht.

g) Konzernabschluss

Das UKE stellt nach § 290 HGB freiwillig einen Konzernabschluss auf.

h) Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss in Höhe von 638 T€ soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Hamburg, den 14. März 2012

Der Vorstand

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2011

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte	Restbuchwerte
	Anfangsstand 01.01.2011 €	Zugang €	Umbuchungen €	Abgang €	Endstand 31.12.2011 €	Anfangsstand 01.01.2011 €	AfA im Gesch.jahr €	Entnahme für Abgänge €	Endstand 31.12.2011 €	Stand 31.12.2011 €	Stand 31.12.2010 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Anwendersoftware	13.763.383,16	653.612,79	0,00	4.677,12	14.412.318,83	12.449.482,16	1.003.294,79	4.677,12	13.448.099,83	964.219,00	1.313.901,00
Summe Immaterielle Vermögengegenstände	**13.763.383,16**	**653.612,79**	**0,00**	**4.677,12**	**14.412.318,83**	**12.449.482,16**	**1.003.294,79**	**4.677,12**	**13.448.099,83**	**964.219,00**	**1.313.901,00**
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	671.790.201,72	13.526.003,04	9.086.604,27	238.831,73	694.163.977,30	169.576.239,26	13.765.056,31	0,00	183.341.295,57	510.822.681,73	502.213.962,46
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	4.578.957,24	0,00	0,00	0,00	4.578.957,24	4.199.608,24	97.735,00	0,00	4.297.343,24	281.614,00	379.349,00
3. Technische Anlagen	224.693.047,79	5.189.687,23	80.201,73	19.603.342,71	210.359.594,04	115.199.801,79	12.132.999,96	19.603.342,71	107.729.459,04	102.630.135,00	109.493.246,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen	499.523.103,29	18.954.329,68	0,00	35.977.594,25	482.499.838,72	407.051.763,64	23.229.058,00	35.902.796,87	394.378.024,77	88.121.813,95	92.471.339,65
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.170.452,87	5.311.337,33	-9.166.806,00	0,00	5.314.984,20	0,00	0,00	0,00		5.314.984,20	9.170.452,87
Summe Sachanlagen	**1.409.755.762,91**	**42.981.357,28**	**0,00**	**55.819.768,69**	**1.396.917.351,50**	**696.027.412,93**	**49.224.849,27**	**55.506.139,58**	**689.746.122,62**	**707.171.228,88**	**713.728.349,98**
III. Finanzanlagen											
1. Anteil an verbundenen Unternehmen	6.185.969,93	1.900.000,00	0,00	0,00	8.085.969,93	5.599.883,13	0,00	0,00	5.599.883,13	2.486.086,80	586.086,80
2. Beteiligungen	37.955,00	0,00	0,00	14.455,00	23.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.500,00	37.955,00
Summe Finanzanlagen	**6.223.924,93**	**1.900.000,00**	**0,00**	**14.455,00**	**8.109.469,93**	**5.599.883,13**	**0,00**	**0,00**	**5.599.883,13**	**2.509.586,80**	**624.041,80**
Anlagevermögen Gesamt	**1.429.743.071,00**	**45.534.970,07**	**0,00**	**55.838.900,81**	**1.419.439.140,26**	**714.076.778,22**	**50.228.144,06**	**55.510.816,70**	**708.794.105,58**	**710.645.034,68**	**715.666.292,78**

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Durch § 29 HmbKHG und § 19 UKEG wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher insbesondere auf die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die zweckentsprechende, sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Fördermittel. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden landesrechtlichen Regelungen liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung sowie über den Lagebericht und über den erweiterten Prüfungsgegenstand nach § 29 HmbKHG und § 19 UKEG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB, § 29 HmbKHG und § 19 UKEG und unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Anforderungen, die sich aus der Erweiterung des Prüfungsgegenstandes nach § 29 HmbKHG und § 19 UKEG ergeben, erfüllt wurden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Körperschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanzund Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens, der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der zweckentsprechenden, sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung der Fördermittel nach § 29 Abs. 2 Ziff. 3 HmbKHG und § 19 Abs. 3 UKEG hat keine Einwendungen ergeben.

Hamburg, den 21. März 2012

PricewaterhouseCoppers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

1022

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71 k K 50/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Alsterdorfer Straße 505, 505 A, 505 B, 505 C, 505 D belegene, im Grundbuch von Ohlsdorf Blatt 1111 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 352/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 2287 m² großen Flurstück 129, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 6, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 3-Zimmer-Wohnung liegt im II. Obergeschoss rechts des Hauses Alsterdorfer Straße 505 A. Zur Eigentümergemeinschaft gehören 28 Einheiten. Die Wohnfläche von 63,25 m² verteilt sich auf 3 Zimmer, Flur, Vollbad mit WC, Küche und Balkon. Beheizung über Gaszentralheizung, Warmwasser über Elektro-Einzelgeräte. Gepflegter Zustand.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 141 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 24. Januar 2013, 9.30 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. Mai 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

1023

---

71 s K 5/12. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Eppendorfer Weg 183, 185 belegene, im Grundbuch von Eppendorf Blatt 4597 eingetragene 923 m² große Grundstück (Flurstück 3648), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem Wohn- und Geschäftshaus mit zwei Hauseingängen mit insgesamt 20 Wohneinheiten und zwei gewerblich bzw. freiberuflich genutzten Einheiten (Laden, Kita). Das nahezu vollständig vermietete Haus hat eine reine Wohnfläche von etwa 1206,13 m².

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 3 400 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 6. Februar 2013, 9.30 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 31. Januar 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Dezember 2012

Das Amtsgericht, Abt. 71

1024

Zwangsversteigerung

802 K 57/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Lorichstraße 40/44, Elligersweg 14, 14 a, 16 belegene, im Grundbuch von Barmbek Blatt 13 355 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus einem 19 627/1 000 000 Miteigentumsanteil an dem 1456 m² großen Grundstück (Flurstück 3988), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Abstellraum, im Aufteilungsplan mit Nummer 7 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 3-Zimmer-Wohnung zur Größe von etwa 58,5 m² ist im III. Obergeschoss links des im Jahre 1954 (Wiederaufbau) errichteten Gebäudes, postalische Anschrift Elligersweg 16, belegen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 60 800,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 14. Februar 2013, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 16. September 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Dezember 2012

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek
Abteilung 802

1025

Zwangsversteigerung

902 K 28/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Dringsheide, Dringsheide 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23, 25, 30, 32, 34, 36, nördlich Dringsheide 36 belegene, im Grundbuch von Öjendorf Blatt 2877 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 8777/1 000 000 Miteigentumsanteilen an dem 12 520 m² großen Grundstück (Flurstücke 1063, 1064, 1571 und 1678), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nummer 95 bezeichnet sowie den Sondernutzungsrechten an dem Kellerraum Nummer 13 und dem Pkw-Abstellplatz Nummer 90, durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich bei dem Sondereigentum um eine vermietete 3-Zimmer-Wohnung, welche im III. Obergeschoss links des Gebäudeteiles „Dringsheide 34“ belegen ist und hat nach dem Wertgutachten vom 10. Oktober 2012 eine Größe von etwa 75,78 m².

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 80 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 14. Februar 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertordamm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.40, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 13. Juli 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Dezember 2012

Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg
Abteilung 902 1026

Zwangsversteinerung

417 K 5/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Süderquerweg 124, 21037 Hamburg belegene, im Grundbuch von Kirchwerder Blatt 2548 eingetragene 7083 m² große Grundstück (Flurstück 4096), durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich um ein teilunterkellertes Zweifamilienwohnhaus mit landwirtschaftlich nutzbarem Grundstück sowie acht Gewächshäusern, einem Wirtschafts- und Lagergebäude, einem Betriebsgebäude und einem Kesselhaus. Das Wohnhaus wurde etwa im Jahre 1926 errichtet, mit An- und Umbauten etwa 1963 und 1989. Die Erdgeschoss-Wohnung hat etwa 115,2 m² (5 Zimmer, Küche, Bad, Flur, Isolierglasfenster). Die Dachgeschoss-Wohnung hat etwa 113,3 m² (4 Zimmer, Küche einschließlich Essbereich, Bad, WC, Flur, Isolierglasfenster). Das Wohnhaus und das Wirtschaftsgebäude werden über eine Gaszentralheizung geheizt, die übrigen Gebäude über eine Ölzentralheizung. Es besteht Instandsetzungsbedarf. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner. Es handelt sich um einen Hof gemäß der Höfeordnung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 292 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 24. Januar 2013, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 312, montags, dienstags, donnerstags und freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 91 - 23 93/-21 63. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10 % des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 8. März 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Dezember 2012

Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf
Abteilung 417 1027

Zwangsversteigerung

417 K 16/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, nordöstlich Süderquerweg 122 belegene, im Grundbuch von Kirchwerder Blatt 4686 eingetragene 5185 m² große Grundstück (Flurstück 9683), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist landwirtschaftlich nutzbar (gärtnerische Anbaufläche) bebaut mit einem Lagerschuppen, der stark instandsetzungsbedürftig bzw. abgängig ist. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 5 600,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 24. Januar 2013, 10.20 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 312, montags, dienstags, donnerstags und freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 91 - 23 93/-21 63. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10 % des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 16. Mai 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur

Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Dezember 2012

Das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf

Abteilung 417 1028

Zwangsversteigerung

541 K 22/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der halbe Miteigentumsanteil des auf den Namen Karsten Westphalen in 22559 Hamburg, Klövensteenweg 64 belegene, im Grundbuch von Rissen Blatt 3133 eingetragene 1871 m² große Grundstück (Flurstück 351), durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Das im Jahr 1972 erbaute und etwa 1998 umgebaute einstöckige Einfamilienhaus hat eine Wohnfläche von 303,93 m² und wird von den Eigentümern bewohnt. Zu dem Haus gehört eine Doppelgarage, Kellerräume sind nicht vorhanden. Die Bebauung des vorderen Grundstücksteils mit einem zweiten Gebäude ist möglich, ein Vorbescheid aus dem Jahre 2004 liegt hierfür vor. Der Verkehrswert des gesamten Grundstücks beträgt 1 000 000,– Euro. Die geringere Bewertung des hälftigen Miteigentumsanteils resultiert aus der beschränkten Nutzbarkeit desselben nach Erwerb.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 18. August 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 350 000,– Euro, Einheitswert: 109 314,– Euro, Gebäudefeuerversicherungswert: 44 400,– M.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 11 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 8. Februar 2013, 10.30 Uhr,** im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Dezember 2012

Das Amtsgericht Hamburg-Blankenese

Abteilung 541 1029

Zwangsversteigerung

616 K 63/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Sinstorfer Kirchweg 24, 21077 Hamburg belegene, im Grundbuch von Sinstorf Blatt 1802 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 171,26/1000 Miteigentumsanteilen an dem 1678 m² großen Flurstück 529, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Erdgeschoss links und dem Kellerraum Nummer 2, durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich um eine vermietete 3-Zimmer-Wohnung, etwa 74,35 m², im Erdgeschoss eines zweigeschossigen Mehrfamilienhauses mit 4 Wohneinheiten und 2 noch nicht ausgebauten Wohneinheiten. Umbau 1961 eines ehemaligen Scheunengebäudes unbekannten Ursprungsbaujahres. Terrasse, Pkw-Stellplatz. Gas-Etagenheizung. Warmwasserversorgung erfolgt über elektrische Durchlauferhitzer. Es besteht teilweise Sanierungsbedarf wegen Schimmelbefall. Die Wohnung war im Begutachtungszeitpunkt leerstehend.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 82 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 22. Januar 2013, 9.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040 / 4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 27. September 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Dezember 2012

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 616 1030

Aufgebot

406 II 12/12. Herr **Wolf-Andre Heinig**, Hamburg und Herr **Per-Olof Heinig**, Hollenbek, vertreten durch Notar Dr. Marius-Kohler, Reetwerder 23 a, 21029 Hamburg haben beantragt, die Gläubiger folgender im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf in Bergedorf Blatt 3656 in Abteilung III eingetragenen Hypotheken auszuschließen: Unter Nummer 1 für die Ehefrau Frieda Peiserich, geborene Peiserich in Bergedorf, Hypothek ohne Brief über 399,07 GM (dreihundertneunundneunzig 07/100 Goldmark), unter Nummer 2 für Walter Erdmann in Bergedorf,

Hypothek ohne Brief über 374,– GM (dreihundertvierundsiebzig Goldmark), unter Nummer 3 für diejenigen unbekannten Personen, welche neben den im Erbschein des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf vom 16. Mai 1952 (4 VI 112/52) verzeichneten Erben des am 2. Januar 1952 verstorbenen Arnold Friedrich Otto Grünberg zu einem weiteren Drittel Erben geworden sind.

Die Gläubiger bzw. Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte beim Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, Zimmer 210/211, spätestens bis zum **Donnerstag, dem 31. Januar 2013** (Anmeldezeitpunkt), anzumelden und nachzuweisen, andernfalls werden sie mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Hamburg, den 29. November 2012

Das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf

Abteilung 406 1031

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)

DESY Ausschreibungsnummer: C2087-12

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09

b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Abs. 1 VOL/A)

c) **Form in der Angebote einzureichen sind:**

Angebote sind schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit der Kennzeichnung:

„Öffentliche Ausschreibung DESY C2087-12, Angebotstermin 11. Januar 2013“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) **Art und Umfang der Leistung:**

Fertigung und Lieferung von 100 Stück UHV-Ganzmetall-Eckventilen gemäß technischer Spezifikation vom 11. Juni 2012.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg.

e) **Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose:** entfällt

f) **Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:** entfällt

g) **Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:** kürzest möglich

h) **Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Frau Roy
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum **4. Januar 2013** angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **11. Januar 2013**

Ablauf der Bindefrist: **15. Februar 2013**

j) **Geforderte Sicherheiten:**

Beträgt die Gesamtsumme des Auftrages 50.000,– Euro + MwSt. und mehr, wird eine Sicherheit in Höhe von 5 % der Gesamtsumme für die Dauer der Verjährungsfrist für Mängelansprüche einbehalten. Eine Ablösung durch Bürgschaft ist möglich.

k) **Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**

Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) **Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:**

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) **Vervielfältigungskosten:** entfällt

n) **Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.

Hamburg, den 3. Dezember 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 1032

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

Öffentliche Ausschreibung

a) HafenCity Hamburg GmbH,
Osakaallee 11, 20457 Hamburg,
Telefon: 040 / 37 47 26 - 0,
Telefax: 040 / 37 47 26 - 26
E-Mail: info@hafencity.com

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Entfällt

d) Ausführung von Bauleistungen im Straßenbau

e) Hamburg, DE 600

f) Vergabenummer: **ÖA-2012217-12-003**

Innere Erschließung HafenCity Straßenbau:
provisorische Umfahrung Versmannstraße

Wesentliche Leistungen u. a.:

Schottertragschicht herstellen	ca. 11.500 m²
Asphaltbefestigung herstellen	ca. 9.250 m²
Entwässerungsmulde	ca. 700 m
Betonplatten verlegen	ca. 5.000 m²
Borde setzen	ca. 1.025 m

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: 18. Februar 2013, Ende: 31. Mai 2013

j) siehe Vergabeunterlagen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

vom 3. Dezember 2012 bis 3. Januar 2013
von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Anschrift:
ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung,
Admiralitätstraße 59, 20459 Hamburg,
Telefon: 040 / 30 97 09 - 0, Herr Mücke

l) Höhe des Kostenbeitrages: 23,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Bar oder Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung,
Kontonummer: 1160 035, BLZ: 200 300 00,
Geldinstitut: Hypovereinsbank

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe k), schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 3. Januar 2013, 13.00 Uhr eingereicht werden.

o) Anschrift siehe Buchstabe a)

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 3. Januar 2013, 13.00 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe a)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/B zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 1. April 2013.

w) Beschwerdestelle:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

Hamburg, den 3. Dezember 2012

ARGUS
Stadt- und Verkehrsplanung 1033

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer).